

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

56 (7.3.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Postalter monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,00 M., durch die Post 1,24 M. bzw. 3,72 M.
 Ausgabe: Blatt mittags: Geschäftszeit: 3/8—1/2 u. 2—1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.
 Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleite od. deren Raum 25 3, zugl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle 4/9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Die Verhandlungen über die Versorgung Deutschlands abgebrochen.

Die Entente verlangt bedingungslose Abgabe der Handelsflotte.

W.T.S. Berlin, 6. März. Die in Spaa geführten Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die Auslieferung der Handelsflotte und die damit in Zusammenhang stehenden finanziellen Vereinbarungen sind abgebrochen worden, nachdem die Alliierten auf der sofortigen Auslieferung der deutschen Handelsflotte bestanden, ohne bindende Verpflichtungen für Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu übernehmen.

Friedensverhandlungen.

Paris, 5. März. Lloyd George ist hier eingetroffen.
 London, 5. März. Einer Neuermeldung zufolge erklärte Donar Law im Unterhause, daß über den Vertrag, den Deutschland als Entschädigung zu zahlen habe, Meinungsverschiedenheiten bestehen könnten. Lord Milner selbst habe gesagt, daß man einige Beträge, wie sie von verschiedenen Seiten genannt worden seien, unmöglich fordern könne, das wolle aber nicht besagen, daß die Regierung nicht auf dem Standpunkt stehe, daß Deutschland die Kriegskosten bis zur vollen Orenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlen müsse. An der Berechnung dieser Forderung könne kein vernünftiger denkender Mensch zweifeln. Wenn Deutschland nichts zu bezahlen brauche, werde es vor den Ländern, die es ausgeplündert habe, einen Vorwurf begehen.

Gaas, 6. März. Dem „Nieuwe Rotterdammer Courant“ zufolge wird aus Paris gemeldet, daß dort jetzt Vorbereitungen für die Unterbringung der deutschen Bevölkerung im Falle der Abgabe der Handelsflotte getroffen werden. Es ist bestimmt worden, daß Clemenceau, Lloyd George und Präsident Wilson dazu ausersehen werden sollen, den Deutschen die Friedensbedingungen vorzulesen. Die deutschen Bevollmächtigten würden dann nach Weimar zurückkehren, um der Nationalversammlung Bericht zu erstatten.

Neue Kämpfe in Berlin.

Berlin, 6. März. Seit Mitternacht spielen sich schwere Kämpfe um das Polizeipräsidium ab. Die Spartakisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie, so daß das Gebäude schwer beschädigt worden ist. Eine Verbindung mit dem Polizeipräsidium ist unmöglich, da alle Zugangsstraßen von Spartakisten besetzt und die Telefonleitungen zertrümmert sind. Außer der Volksmarine sind auch ein Teil der republikanischen Soldatenwehr sowie ein Teil der Matrosen und des 2. Gardebataillons zu den Aufständischen übergegangen.

Berlin, 6. März. Die Belagerung und Beschichtung des Polizeipräsidiums ist auch heute vormittag fortgesetzt worden. Nach einer Einschüpfung von 112 Uhr ab wurde wieder mit kurzen Unterbrechungen geschossen und zwar meist mit Maschinengewehren. Das Stadtparkgebäude, das sich unmittelbar an das Polizeipräsidium anschließt, wurde mit schweren Mörnern bombardiert. Es gelang den Angreifern, eine Anzahl Gesandter zu beschießen, doch konnten sie weder erwidern noch festsetzen werden. Die Vertreter der beiden Parteien, die bis zum letzten Abend etwa 20 Tote, ungeredet die Verwundeten, betrogen haben dürften, sind weiter geschieden. Die Situation ist äußerst unklar. Im Laufe des Nachmittags begannen die Beschüsse zu schießen. Es macht sich eine große Unruhe des Publikums bemerkbar.

Berlin, 6. März. (Privattelegramm.) Am Berliner Gewerkschaftshaus trat der große Berliner Arbeiterrat zusammen, um über die Streikfrage zu beraten. In der Sitzung wurde die, daß im Verlaufe der Kämpfe auf dem Alexanderplatz und Umgebung 78 Tote und zwar meist Frauen und Kinder, getötet worden seien.

Die Streikbewegung.

Berlin, 6. März. Ein neuer Bergarbeiterstreik droht in Oberschlesien auszubrechen. Die Bergleute fordern die Entfremdung des deutschen Grenzgebietes, Aufhebung des Belagerungszustandes und Entfernung der Offiziere und Studentenschaft sowie Erhaltung einer polnischen Schutzwehr bei der heutigen Trübsicht fehlte die Verlegenheit von sehr Stuben.

Melvik, 6. März. Der „Wandrer“ meldet: Von 1453 Mann der Polizeigarde der Volksgarde in Itaba führen heute nur 45 Mann ein.

Leipzig, 6. März. Der Generalfreistrukturfort, doch sollen heute, wie berichtet, zwischen dem Volksbeauftragten Schwarz und dem A. und S. Rat Leipzig Verhandlungen zur Verlegung des Streiks beginnen. Den Einwohnern ist das Verlassen der Stadt nicht mehr möglich, da keine Ausweisse nach außen mehr ausgestellt werden. Die Landstrafen werden von der aus Arbeitern gebildeten Volkswache streng bewacht.

Essen a. d. R., 6. März. Auf der Zeche „Gildauf Teshau“ fuhr heute die Verlegenheit wieder ein. Bei der Gewerkschaft „Deutscher Arbeiter“ und der Zeche „Hugo“ ist die Streiklage unverändert. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 6900 gegen 7500 gestern.

Berlin, 6. März. Der Generalfreistrukturfort hat sich auf die Elektrizitätswerke ausgedehnt. Seit 7 Uhr abends ist Berlin ohne elektrisches Licht.

Mannheim, 6. März. Zum Sühne des Lebens und der Freiheit der Bevölkerung hat die Badische vorläufige Volksregierung folgende Anordnungen getroffen: Alle militärischen Waffen und Munition sind bei Vermeidung einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren, spätestens Freitag, 7. März 1919, vormittags 11 Uhr, abzuliefern. Gleicher Strafe unterliegen diejenigen, welche es unterlassen, der Polizeibehörde mitzutteilen, wo Waffen verborgen gehalten und nicht abgeliefert werden. Die Bevölkerung wird ersucht, die Polizei bei der Festnahme der Verbrecher, welche aus den Gefängnissen befreit worden sind, aber bisher nicht festgenommen werden konnten, zu unterstützen.

Eisenbahnunglück.

Recklinghausen, 6. März. Heute morgen entgleiste auf dem Bahnhofe Sinnen-Röln der Hamburger D-Zug. Eine schadhafte Weiche legte sich während der Fahrt um und sprengte den Zug in zwei Teile. Ein auf dem Nebengleis fahrender Güterzug fuhr auf den mittleren D-Zugwagen auf. 10 Personen wurden schwer verletzt. Auch der Güterzug wurde schwer beschädigt. 8-10 Wagen liegen zertrümmert auf dem Bahnhof.

Der Streikwahnsinn.

• Karlsruhe, 7. März.

Generalfreistrukturfort ist die Lösung des Tages. Wenn ein wahrer hungeriger Hungerstreik ausbricht, so wird nicht nur in München drei Tage general gestreikt, sondern auch in Freiburg und möglichst auch in Stuttgart, Mannheim und Nürnberg. „Nicht zehn Prozent der Bergarbeiter hätten sich freiwillig an dem Generalfreistrukturfort beteiligt“, hat der Unabhängige Streikbrecher in Essen vom letzten Generalfreistrukturfort im Ruhrrevier gesagt; aber general gestreikt wurde doch. Und jetzt wird in ganz Mittelland general gestreikt, in Leipzig, Chemnitz und Halle, im ganzen Braunkohlenrevier. Und der „Leichenmüller“, der unabhängige Mitvorsitzende des Berliner Arbeiterrats, muß vor der Ausbreitung der Arbeiterkriege warnen; denn Berlin werde wahrscheinlich schon in vierzehn Tagen keine Äpfel, kein Vieh und keine Lebensmittel mehr haben.

Was hofft man eigentlich mit diesen Generalfreistrukturfort zu erreichen? Wen will man damit treffen? Der Regierung kann es doch wahrhaftig, soweit ihre Selbstbehauptung in Frage kommt, ganz gleichgültig sein, ob in Chemnitz gestreikt wird oder nicht. Der Schaden, der dadurch in der deutschen Volkswirtschaft angerichtet wird, trifft in erster Reihe die Arbeiter selbst, dann alle Deutschen, die leben wollen. Niemand an sich schon elenden wirtschaftlichen Zustände gehen immer weiter zurück, die Hungernot setzt sich früher ein, als sie ohnedies kommen würde und das letzte bißchen Lebenskraft des deutschen Volkes geht auch noch zum Teufel.

Das Bürgertum aber ist neuerdings stolz darauf, sich von den Arbeitern an Streiklust nicht mehr überlassen zu lassen. Wenn die Dreher und Schlosser die Broden hinstücken, dann macht sich auch der Lehrer, der Rechtsanwalt, der Arzt, der Postbeamte und der Eisenbahnangestellte einen freien Tag und streikt Protest. Früh um 8 Uhr wird mit dem Generalfreistrukturfort und mittags um 12 mit dem Proteststreiken. Auch hier kann niemand das Rätsel beantworten, was eigentlich damit erreicht werden soll, daß der Arzt die Kranken sterben läßt und der Lehrer die Kinder verwidert. Auch das ist nur ein Ausdruck des allgemeinen Streikwahnsinns, der das deutsche Volk erwischt hat. Jeder glaubt neuerdings etwas getan zu haben, wenn er nicht tut. Dabei hat sich die Welt gegen alle Streiks, Generalfreistrukturfort und Proteststreiks parolen schon ein unüberwindliches Maß von Würstlichkeit und Schnuppigkeit anamohnt. Es wird eben halt wieder einmal gestreikt — was ist weiter dabei.

In der Tat wird politisch damit nicht das Mindeste geändert. Dunkle, verbrecherische Elemente erlangen durch die ewigen Streiks eine bequeme Gelegenheit zu lächerlichen, zu perfiden und zu plündernden, eine Anzahl Menschenleben wird dabei vernichtet, und naecher ist alles so wie es gewesen war, nur meist noch ein bißchen schlechter.

Auf Ehre der aufgekärten Arbeiterklasse muß gesagt sein, daß sie diese Wahnstimmung nicht billigt, sondern nur unter dem Druck des schärften Terrors mitmacht. Diesen Terror zu brechen, ist die Regierung eifrig bemüht. Sie bedarf dazu der Unterstützung aller vernünftigen Elemente. Der Streikwahnsinn richtet Deutschland zugrunde, nur die intensive Arbeit der ganzen Nation kann uns alle retten. Gewerkschaften und sozialdemokratische Funktionäre haben deshalb die Pflicht, sich mit aller Kraft und ohne Scheu vor der Einbuße an Popularität den fortwährenden unsinnigen Streikparolen zu widersetzen. Denn wenn wir nicht vernünftig sind, wenn wir nicht Deutschland retten, wer sollte es sonst?

Das vereinfachte automatische Wahlverfahren beim Proporz

für die Landtagswahlen ist jetzt auch in der zweiten Lesung der neuen badischen Verfassung von der Landtagskommission — diesmal einstimmig — angenommen worden. Bekanntlich soll darnach jede Partei auf je 10 000 für ihren Wahlvorschlagn abgegebenen Stimmen je einen Abgeordneten erhalten, außerdem noch für einen Ueberschuß („Spitze“) von mehr als 5 000 Stimmen einen Abgeordneten weiter. Nachdem aber die Regierungsvorlage in § 24 — entgegen dem zu Grunde liegenden Entwurf Dr. Dieß § 28 — das Land in vier Wahlkreise geteilt hatte und dieser Vorschlag in 1. Lesung angenommen worden war, ergab sich demgemäß die Möglichkeit der Verwirrung der „Spitzen“ mit unerwünschten Nebenfolgen für die Mandatsverteilung, insbesondere bei mathematisch, d. h. rein rechnerisch denkbaren, wenn auch praktisch kaum vorkommenden Zahlenkombinationen. Diese theoretisch denkbaren unerwünschten Einzelkonsequenzen hat die Kommission nun dadurch ein für alle Mal ausgeschlossen, daß sie die Durchschnittszählung der Spitzen durch das ganze Land beschloß und damit in diesem wesentlichen Punkte zu dem ursprünglichen Entwurf zurückkehrte. Es gehen auf diese Weise gar keine Restimmen in den einzelnen Wahlkreisen verloren, und es erhält jede Partei für jede weiteren, durch die Zusammenzählung sich ergebenden, 10 000 Stimmen einen weiteren Abgeordneten, jedoch am Schluß für alle Parteien nur je eine Spitze übrig bleiben kann, für welche dann je nach ihrer Größe wieder ein Sitz zu bewahren ist. Ob für diese Restspitze die Zahl von 5000 bleiben soll, oder dafür vielleicht 7500 ge-

Es ist nicht leicht, nach diesen schwerwiegenden Entschärfungen die Lage bezw. die möglichen Folgen zu beurteilen. Kommen kann alles mögliche. Es kann dem der Abbruch der allgemeinen Waffenstillstandsverhandlungen folgen mit darauffolgendem Einmarsch, oder vielleicht doch endlich ein Ueberwige rein kaufmännischer Erwägungen, daß ein wirtschaftlich vollkommen zusammengebrochenes Deutschland überhaupt nichts bezahlen oder leisten kann. Deutschland, das durch die Ablieferung des rollenden Materials schon bis zur Ermattung geschwächt ist, braucht natürlich, um später überleben zu können, eine Handelsflotte, sonst kann der Hunger überhaupt nicht gebannt werden.

Es hat jetzt wenig Zweck, über Gewaltspolitik, Expreßung usw. zu lamentieren und mit Schimpfen auf die Entente dem gerechten Herzen Ruff zu machen. Es konnte sich jeder an den fünf Fingern abzählen, daß die Entente schon als Neoliberal für den uneingeschränkten U-Bootkrieg sich an der deutschen Handelsflotte schablos halten wird. Wenn uns damit die Gurgel vollends zugeschnürt wird, so mag sich das deutsche Volk dafür bei den Befürwortern des uneingeschränkten U-Bootkrieges bedanken, bei den Alldeutschen nämlich und ihren Trabanten. Aber dieses Gefindel läuft heute noch ungestört unter uns herum und darf sich noch durch seine Bestrebungen gegen die Erntungenhaften der Revolution unangenehm bemerkbar machen. Diesen Kerlen allein hat Deutschland sein Unglück zu verdanken.

Auch das Zentrum blies in das gleiche Horn und trägt sein gehäuftes Maß von Mitschuld. Wie wurde f. Zt. im zweiten Kriegsjahr die Sozialdemokratie gerade von der Zentrumspresse beschimpft, weil sie gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg war und dafür sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen verlangte. „Friedenshauereier“ wurde Scheidemann in der Zentrumspresse höhnisch geheißen und auch sonst wurde gegen den „Scheidemann-Frieden“ gegetert, was das Zeug hält. Heute wären wir froh um jenen Scheidemann-Frieden.

Jetzt jammert freilich auch die Zentrumspresse und der „Badische Beobachter“ bringt in seinem gestrigen Abendblatt einen Leitartikel „Ein fauler Friede?“ mit diesen Probeströßen und schmalzigen Behauptungen über das Christentum. Er meint:

„Dauernder Friede kann nur werden, wenn sich alle Völker auf den Boden des Christentums stellen und sich als einzige große Familie betrachten, die zwar nach Wohnsitze, Lebensgewohnheit und Sprache mannigfach verschieden, im Grund aber doch zusammengeliegt zu einer großen Gottesfamilie dieses uralten, dem irdischen Denken wesentliche Ideale einfließen, die Völker in Verständnis und Liebe zu einigen und alle natürlichen Gegensätze in erträglichen Schranken zu halten. Hier ist der einzige Weg zu einem gesunden Frieden. We furchtbar muß doch die Menschheit darunter leiden, daß sie sich nicht voll und ganz auf den Boden des Christentums stellt, dessen Ideale alle andern übertreffen.“

Zawohl! Aber der „Badische Beobachter“ hat am 8. Juni 1915 auch geschrieben: „Der Menschheit ganzer Jammer möchte einen anfassen, wenn man den sozialdemokratischen Friedensaufruf zur gegenwärtigen Stunde lesen muß.“ Das war das „Christentum“ der Zentrumspresse von damals. „Der Menschheit ganzer Jammer“ kann jetzt den „Beobachter“ abermals anfassen, wenn er die Bilanz seiner Kriegshetze liest.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

W.T.S. Berlin, 6. März. Die Aufrechterhaltung der laufenden Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Spaa wird durch den Abbruch der Verhandlungen der drei Unterkommissionen nicht berührt, sondern geht nach wie vor weiter. Im Anschluß an den Abbruch der Verhandlungen der drei Unterkommissionen wurde deutschseits durch den Vorsitzenden der mit den laufenden Verhandlungen betrauten neuen Waffenstillstandskommission am Donnerstag des 6. März in Spaa eine Note übergeben, in der der gesamte Standpunkt der deutschen Regierung darzulegen wurd.

kommen werden sollen, steht noch dahin. Am U-Brigen werden die auf diese Weise hinzukommenden Mandate in der Reihenfolge der Kandidaturen der einzelnen Wahlkreise ernannt, wie sich dies nach der Größe des Stimmanteils in den einzelnen Wahlbezirken ergibt.

Durch diese Zusammenzählung aller Stimmzahlen unter 10 000 durch das ganze Land ist gleichzeitig auch eine Möglichkeit gegeben, wie ursprünglich im Entwurf vorzusehen, diejenigen Parteien gerecht zu berücksichtigen, welche im ganzen Lande, d. h. in allen 4 Wahlkreisen zusammen, wenigstens 10 000 Stimmen aufbringen, aber nicht in einem einzelnen Wahlkreis diese Stimmzahl aufbringen können und deshalb durch die Wahlkreiseinteilung um ihre Vertretung gekommen wären.

Des Weiteren ermöglicht diese Zusammenzählung der Stimmen durch das ganze Land, bei welcher ohne Rücksicht auf die Zahl der Wahlkreise, unter Ausschließung aller „Wahlkreisgeometrie“, alle Reichstimmgen zu ihrer Geltung kommen, unter Umständen den einen oder anderen der größeren Wahlkreise, die aus Landesteilen mit verschiedener wirtschaftlicher und politischer Struktur bestehen, zu zerteilen und statt der 4 Wahlkreise in dem an die Verfassung sich anschließenden Landtagswahlgesetz auch je nach dem 5, 6 oder 7 Kreise vorzuziehen — immer davon ausgehend, daß die Zusammenzählung des ganzen Landes in einem Wahlkreis im Hinblick auf die dadurch notwendig werdende einheitliche Aufstellung von ca. 100 Kandidaten auf einer Liste von allen Parteien in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht gewünscht worden ist.

Die jetzige Fassung des betr. Paragraphen lautet demgemäß nunmehr:

„Die Abgeordneten werden nach den Grundzügen der Verhältniswahl in mindestens 4 Wahlkreisen gewählt. Jede Partei oder Wählergruppe erhält auf je 10 000 der für ihren Vorkandidaten abgegebenen Stimmen einen Abgeordneten. Die hiernach in den Wahlkreisen unberücksichtigt gebliebenen Stimmen werden durch das ganze Land zusammengezählt und nach dem vorstehenden Satze bewertet. Jeder alsdann noch verbleibende Bruchteil von mehr als 5000 (7500 ?) Stimmen erhält einen weiteren Abgeordneten. Das Nähere bestimmt das Landeswahlgesetz.“

Mit dieser Ausgestaltung ist das vereinfachte automatische Wahlsystem allen Beanstandungen gegenüber nunmehr vollständig als das für Landtags- und bei Zugrundelegung von ca. 70 000 Stimmen auch für Reichstags- — Wahlen geeignetste und praktisch brauchbarste System festgestellt und wird durch seine nunmehr gestärkte Aufnahme in die badische Verfassung hiermit auch erstmals in Wirksamkeit treten können.

Dr. Dieck,
Stadttrat und Mitglied des Verfassungsausschusses.

Die Finanzlage Badens und die Finanzdebatte.

Stürmische Szenen wegen der Rede eines Deutschnationalen.

Eine lange Sitzung — sie dauerte von 9 bis 1/2 Uhr — und viele Neben! Dem Heidelberger Kaufmann Mager, der erst nach Vornahme der Wahlprüfungen im Mannheimer Wahlkreis als Vertreter der Deutschnationalen, der früheren Konföderativen, in die badische Nationalversammlung nachrückte, war es vorbehalten, Sturmreden hervorzurufen, wie sie seit dem Zusammenritt des Parlaments noch nicht zu verzeihen waren. Er wollte seinem Parteifreund Mager-Karlruhe sekunden, der gestern das unselige Wort geprägt hatte, die Armee sei von innen heraus erschossen worden. Mager drückte diesen Gedanken noch etwas drastischer aus, indem er bemerkte, es sei systematisch daran gearbeitet worden, das Heer zu demoralisieren. Er hob auf einen gewissen Vater-Magdeburg ab, der in diesem Sinne tätig gewesen sei. Sofort erhob sich aus den Reihen unserer Parteigenossen der Ruf entgegen: Und die Offiziere! Darauf stellte sich Herr Mager dem Ganzen als Offizier vor, der selbst zwei Jahre draußen gewesen sei und „Weisheit wisse“. Das tat er mit

so höflichem Grinsen und mit so bittigem Lächeln, daß die Mut der sozialdem. Abgeordneten und auch eines Teiles der bürgerlichen Vertreter auf das höchste gestiegen war; sie verließen schließlich das Haus, weil sie Provokationen dieses tonterrenen Heißhorns nicht länger mehr Gehör geben wollten. Mager vertieg sich sogar zu dem Ausruf: Ja, die Revolution hat auch die Tanzwelt geboren!

In glänzender Replik fertigte Gen. Dr. Dieck, dessen hoffnungsvoller Sohn selbst im Felde fiel, diesen politischen Draufgänger ab. Mit zornbelebten Worten sagte er ihm, daß der Magerische Geist der Geist sei, der die Spartakisten und Putzisten gezeugt habe. Er nahm die Soldaten gegen die böseartigen Unterstellungen Magers in Schutz, hob ihre glänzende Haltung bei den Offensiven an der Westfront hervor und negierte gebührend den militärischen Uebermut der Tirpis und Lubendorff feil. Die durch den U-Bootskrieg gegen uns in Treffen gefürchten Amerikaner hätten ja unsere Soldaten förmlich zu Drei geschlagen; dieser Uebermut hätten wir ertragen, nicht der anmaßlichen Demoralisierung des Heeres durch Sozialisten und Unabhängige. So seien vom Karlsruhe Leibregiment nur 37 Mann zurückgekehrt, von zwei Regimentern des Prinzen Friedrich von Meiningen nur 5 Offiziere und 30 Mann.

Neben Dr. Dieck nahm sich dann noch der Abg. G o t t e i n und Gen. Dr. K r a u s den Heidelberger Deutschnationalen vor, sodas dieser in seiner Erwiderung recht kleinlaut war und auch sein Gesinnungsfreund M a g e r - K a r l s r u h e ihn nicht vor der schweren parlamentarischen Züchtigung, der er mit Recht verfallen war, bewahren konnte.

Zur Sache selbst, zu den schwebenden Finanzfragen, hielt die beste Rede der schon genannte Heidelberger Professor und Volkswirtschaftler G o t t e i n - H e i d e l b e r g. Er trat den partikularen Steuerbedenken entgegen und stellte die Steuerbedürfnisse des Reiches in den Vordergrund. Zugleich gab er den Rat, die Einzelstaaten sollen Rücklässe zu der Einkommensteuer des Reiches erheben. Monopole nützen uns in Baden gar nichts. Beachtlich war noch seine Bemerkung, daß die kolossale Mutation gegen die indirekten Steuern, welche die heutige Sozialdemokratie fortgesetzt hat, durchaus berechtigt war.

Von der Sozialdemokratie sprachen Genossin F i s c h e r in einer kurzen, aber inhaltlich und rhetorisch recht guten Rede, Genosse F e i g - W i l l i n g e n, der als Eisenbahner die Sozialpolitik seiner Kollegen in Schutz nahm und um baldige Auszahlung der gewährten Teuerungsauslagen bat, die Genossen G a m m a n n - F o r z h e i m und K a u s c h - H e i d e l b e r g, welche gegen den der bürgerlichen Parteien polemisierten. Dann wurde die Genehmigung zu dem Finanznachtrag ausgesprochen, was einstimmig geschah. Die Staatsbeamten und Staatsarbeiter können also baldigst ihre neue Teuerungszulage in Empfang nehmen.

Die Besprechung der Interpellation über die Wohnungsmietfrage mußte abermals verschoben werden.

6. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 6. März.

Präsident K o s t e r ö r f n e t e um 1/10 Uhr die Sitzung. Die Beratung über die Finanzlage des Landes und über die Wünsche nach einer neuen Teuerungszulage wurde fortgesetzt. Namens des Haushaltungsausschusses machte dessen Vorsitzender

Abg. G e l b i n g (Dem.) einige Mitteilungen. Er verlas eine Erklärung des bad. Eisenbahnerverbandes, wonach dieser mit der Erklärung der Regierung sich zufrieden gibt, ferner eine Eingabe von oberen Beamten in Freiburg um Erhöhung und Regelung der Zulagen. Der Haushaltungsausschuß gab dazu seiner Meinung Ausdruck, daß die Wünsche zunächst von der Regierung geprüft werden sollen. Eine Revision des Gehaltsstatuts sei heute nicht möglich. Der Ausschuß beantragte, die Justiz des badischen Eisenbahnerverbandes und den ersten Teil der Bitte der Oberbeamten in Freiburg durch den Nachtrag zum Etat für erledigt zu erklären. Der Rest der Eingabe soll der Regierung als Material überwiesen werden.

Abg. K a r l (D. Sp.): Die Zahl derer, die von der Steuererhöhung betroffen werden, soll nur 180 000 betragen; dieser Zahl liegt offenbar der Etatjahr für 1918 zugrunde. Wer bezahlt heute

nach 2400 M? Zu den Nichtbetroffenen gehören Witwen, auch Pfarrerwitwen, und kleine Beamten. Diese würden aber die Erhöhung gern bezahlen. Dem Eisenbahnpersonal, insbesondere dem Fahrpersonal, gebührt volle Anerkennung. Sie haben geradezu übermenschliches geleistet trotz schlechter Kost und schlechten Materals. Der Abg. G o r t e r (Soz.) hat gestern von der Organisation der Pfarrer gesprochen und dabei wohl sehr schärfend verlangt, die Pfarrer sollten auch einmal streiken. (Abg. Dr. S c h ö f e r: Das hat er ernst gemeint. Weiterkeit.) Es steht ein großer Ernst hinter diesem Ausspruch. Die Pfarrer streiken nicht. Sie sind zwar seit Jahrhunderten ein armer Stand, aber sie sind nicht ins Protektorat gefallen. Dichter, Gelehrte, Schriftsteller sitzen in den Pfarrhäusern.

Verkehrsminister M i e d e r: Den normen Worten, die eben dem Fahrpersonal ausgesprochen sind, möchte ich mich anschließen und auf das gesamte Eisenbahnerpersonal ausdehnen. Ich möchte daran aber den Wunsch knüpfen, dem Eisenbahnerpersonal seine Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Täglich kommen aber Klagen des Fahrpersonals, daß es diesen kaum mehr möglich ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Von morgens morgens und abends soll es an den Zügen geradezu toll hergehen. Die größte Zahl der Reisenden richtet sich nicht im entfernsten Maße nach den Vorschriften. Und doch muß Disziplin herrschen, sonst kann der Verkehr nicht in geordneten Bahnen durchgeführt werden. Mit den hier fortwährend einlaufenden Klagen über obere und mittlere Beamte muß endlich einmal Schluss gemacht werden, solange diese Klagen in allgemeinen Worten gehalten sind und nicht positives enthalten. Solche Klagen tragen nicht zur Erhaltung der Disziplin bei.

Abg. W e i s s h a u p t (Str.): Der Herr Finanzminister hat dunkle Wolken aufziehen lassen; noch dunkler werden können. Wenn der Etat gesetzt werden soll, dann müssen wir uns für den schlimmsten Fall einrichten. Wir müssen Einnahmen schaffen, ehe wir Ausgaben machen. Am liebsten sind diejenigen daran, die vom Reiche heimgeleitet und jetzt keine Hoffnungen, kein Bandwörterzeug und kein Betriebskapital haben. Und doch hat man für Mittelstandsleute eine ganz geringe Summe eingesetzt. Die Erwerbslosenzulage muß in andere Bahnen geleitet werden. Ich bin der Meinung, die Nationalversammlung sollte weniger Spender und mehr Sparler sein.

Abg. D. G e l b i n g (Dem.): Die finanzielle Auseinandersetzung mit dem Reiche wird uns noch oft zu beschäftigen haben. Die Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten ist durch das System der Matriculaerträge viel mehr beeinträchtigt worden, als wenn man dem Reich von vornherein eine Reihe Einnahmen der Bundesstaaten zugewiesen hätte. Ein derartiges System darf also nicht mehr wiederkehren. Die Opposition der Sozialdemokratie gegen die indirekten Steuern, was sie auch übertrieben gewesen sein, war ihr gutes Recht. Die Einnahmen des Reiches auf indirekte Steuern zu verweisen, würde die unsozialste Maßregel sein. Es ist schon aus sozialen Gründen unbedingt notwendig, daß das Reich seine Einnahmen aus Einkommen und Vermögen aufbringt. Bei der Vermögensteuer sollten wir das der Volkswirtschaft dienende Vermögen unanfällig schonen. Mit Kriegsanleihen hat das Rententapital in Deutschland seinen Einzug in Deutschland gehalten. Eine gewaltige Kapitalrentensteuer wird notwendig sein, wenn wir nicht auf die nächste Ebene kommen wollen und, wie Frankreich ein Volk der Rentenempfänger werden. Der Wunsch nach Devisen nicht nichts, solange wir unter derartigen Weltmarktverhältnissen stehen. Von den Monopolen werden wir in Baden nichts haben, da sie einzig vom Reich beansprucht werden. Der Ausbau des Reichsheeres ist eine Notwendigkeit geworden. Aber Veranbarung muß ich dagegen einlegen, wenn Herr Abg. Mager sagte, das Heer sei vom Lande erschossen worden. (Abg. Mager: Das ist ein Mißverständnis. Ich sagte von hinten.) Unser Heer war noch erbitterten Kämpfen erköpft und ist in sich zusammengebrochen und mit ihm ist das Kaiserreich und das alte deutsche Reich zerfallen. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß das deutsche Volk wieder das Volk der Arbeit wird.

Finanzminister Dr. W i r t h: Auch ich hoffe, daß die Matriculaerträge nicht mehr wiederkehren werden. Das Reich darf nicht Kostgänger für uns sein, es darf aber auch nicht ungeliebt werden. Das Heerbedürfnis unserer kaiserlichen Kleinstreiter dürfen wir nicht aus den Händen geben. Soweit wir auch bereit sind, dem Reich finanziell zu helfen, so wollen wir doch ein selbständiger Staat im Rahmen des deutschen Reiches bleiben.

Frau Abg. F i s c h e r (Soz.): Ich möchte in diesem Hause erwägen, daß auch wir ein starkes Reich wünschen, aber auch die Eigenheit Badens gewahrt wissen möchten. Die Finanzlage wurde uns in sehr trauriger und erschreckender Weise geschildert und neue Lasten kommen hinzu, aber wir wollen unsere Kraft einsetzen, um aus dem Chaos, in das uns der Krieg gebracht hat, wieder herauszukommen. — Als

Das verlassene Dorf

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieme. (Nachdruck verboten.)

„Mir ist's fast so — ich — kann meine Gedanken nicht sammeln.“

„Ihr seid zu schwach, denkt an nichts, Herr. Ruht und nehmt lieber eine kleine Stärkung zu Euch.“ Sie bot ihm Fleischbissen und ein Schälchen von seinem Wein, von dem noch ein Rest in der Flasche war. Nicht einen Tropfen hatte sie selber davon genossen.

„Ja, geht mir — ich bin hungrig.“

Er nahm einige Höffel Brühe, nippte von dem Wein und sank wieder erschöpft zurück. Erst nach einigen Stunden fand er sich soweit gesammelt, daß er sie, die eben aus dem Wache zurückkehrte, mit leiser Stimme zu sich her rief.

„Ich habe mir alles überlegt“, hauchte er leise. „Ihr seid meine Metterin, ohne dich, du Engel, wäre ich gestorben. Wie ist Euer Name?“

„Margarete.“

„Ich habe noch nie jemand bei Euch gesehen. Seid Ihr denn allein hier?“

„Ganz allein, Herr.“

„Ganz allein — und Ihr habt mich allein — aus dem Stalle, wohin ich mich geschleppt —“

„Gierher getragen? Ja, Herr — Ihr habt mich freilich selber ein bißchen dabei unterstützt, sonst hätte ich wohl kaum vermischt.“

„Danke, dank Euch, habt Ihr keine Eltern mehr?“

„Niemand mehr, Herr.“

„Sie erzählt mir, wer Ihr seid, wie Ihr hierher kamt.“

„Sie erzählt ihm kurz ihre Geschichte. Er schien sich heute viel wohl zu fühlen und hörte ihr aufmerksam zu. Bei der Erwähnung des Todes ihres Vaters und ihrer eigenen Gefährdung veruchte er, die Faust zu ballen.“

„Ja, so sind sie — ich schäme mich meiner Landsleute. O großer Gustav Adolph, was ist aus ihnen geworden!“ Damit schlug er und barg den Kopf unter der Decke.

Margarete schaffte nun ihr Laubbett wieder nach oben.

„Ich habe einen leinen Schlaf“, sagte sie zu ihm. „Ihr braucht nur zu ruhen, wenn Ihr etwas bedürft.“

„Er nicht mit jämlichem, dankbarem Lächeln.“

Abermals bereitete sie ihm eine Mehlsuppe, von der er gierig eine Anzahl Höffel einhob. Diese Nacht verließ rubia. Am andern Morgen fand sie ihn noch besser als am Tage vorher.

„Ich glaube, Herr, Eure starke Natur hat geliebt. Wenige andere Menschen hätten der rasenden Blut dieses Fiebers widerstanden.“

„Das danke ich Eurer treuen Pflege, Margarete.“

„Erzählt mir, wie Ihr hier lebt und womit Ihr uns ernährt habt.“

„Wald wußte er alles und war ganz verwundert ob ihrer Klugheit und Mäßigkeit. Im Anschlusse an ihre Darstellung gab er auch eine kurze, vielfach von Ermattungsanfällen unterbrochene Schilderung seines eigenen Schicksals. Margarete kam ihm, um ihm jede Anstrengung zu ersparen, mit Fragen und Redensarten zu Hilfe.“

„Ihr seid ein Schwede, Herr?“

„Ja, Margarete.“

„Soldat natürlich?“

„Ja, aber — seid versichert — keiner von denen — denen die —“

„Ich verstehe Euch schon. Das habe ich gleich gesehen, Herr.“

„Arne Claßon heißt ich —“

„Das habe ich gleich gesehen, Herr Claßon.“

„Es gibt überall schlechte und gute Menschen, Margarete.“

„Ich weiß, Herr.“

„Glaubt mir, nicht rohe Gesichter trieben mich in den Krieg. Ich war begeistert für den Glauben, Margarete — o, wie bin ich enttäuscht worden!“

„Warum, Herr?“

„Weil die Verteilung des Glaubens das letzte ist, an was die meisten Soldaten und Führer denken. Der gemeine Soldat will nur Beute machen, und der Befehlshaber tut sich noch zuor.“

„Wie seid Ihr hierher gekommen, Herr Claßon?“

„O, das ist einfach. Ich lag in Jena im Quartier und ward auf einen Mesopotamienzug entandt. Als ich in die Nähe dieses verlassenen Ortes kam, entdeckten mich ein paar herumwagierende kaiserliche Musketeere und gaben Feuer auf mich. Da sie mich nicht getroffen glaubten und meine Wunden fürchteten, machten sie sich feige davon. Mein treues Pferd trug mich noch eine kurze Strecke, dann brach es unter

mir zusammen. Ich machte mich frei und schleippte mühselig bis in den Schuppen draußen, wo ich blutend niederfiel. Ohne dich wäre ich gestorben, Margarete!“

„Und auch trotz meiner“, erwiderte sie behörden. „Wein wäre ich nicht zu Euch gekommen. Ich fürchtete mich, wie Euer Schwahn so schauerlich durch die Nacht erklang.“

„Truherzig berührte sie, was für seltsame Einbildungen sie gehabt habe.“

„Was für ein mutiges Mädchen Ihr seid“, sprach er bewundernd. „Wenige hätten Euch gleichgetan, Margarete.“

„Gäufig unterhielt sie sich von nun an, und je länger, je mehr sich der Zustand des Patienten besserte. Sie sprach über alles mögliche, über den Krieg, seine Verwundung, ihre Lage, über die nachts noch immer jämmerlich heulenden Wölfe. Am zweiten Morgen sagte ihm Margarete, nachdem sie ihm kein Frühstück gereicht, Lebendwohl.“

„Wo wollt Ihr hin, Margarete?“ rief er betroffen.

„Einen Fortschrittszug in die Umgegend antreten, Herr. Unter Fleisch geht zu Ende. Wir haben kaum noch für zwei Tage Lebensmittel.“

„So kauft welche, — hier ist Geld.“

Er griff mit der noch zitternden Hand in eine seiner Taschen und zog einen anscheinend wohlgefüllten Beutel daraus hervor.

„Nehmt, Jungfer — 's ist kein Dutzend — ich hab's von Schweden bekommen, von meiner Mutter.“

„Ihr habt noch eine Mutter?“

„Arne Claßon vergaß wehmütig das Gesicht.“

„Eine liebe, gute Mutter —“

„Und noch — ihre Stimme stockte ein wenig — „andere Weiben, die Euch lieben — sich nach Euch sehnen?“

„Er schüttelte wehmütig das Haupt.“

„Niemand weiter, Margarete — mein Vater ist lange Jahre tot und meine Schwägerin ist verheiratet an — an einen Ausländer und hat fast alle Beziehungen zwischen uns verloren.“

„So seid Ihr gewiß der Mutter einziger Trost?“

„So ist's, Kind — o, meine gute Mutter? Wenn ich ihr doch Nachricht von mir geben könnte. Aber niemand weiß, wo ich hingekommen bin — unsere Armee muß die Gegend bereits seit acht Tagen verlassen haben. Wißt Ihr darüber nichts, Margarete?“

(Fortf. folgt.)

Frau und Mutter möchte ich über die Teuerungszulage der Eisenbahnarbeiter und Beamten sagen, daß sie eine Folge der jahrelangen Zurücksetzung der berechtigten Ansprüche sind. Wer die Lage der Eisenbahner, der Arbeiter, der unteren und mittleren Beamten kennt, der weiß, daß sie nicht nur während des Krieges, sondern auch schon lange vor dem Kriege hungern und emblemen mußten, genau wie die übrigen Arbeiter und Privatbeamten. Sie mußten Privatvermögen und Unterhaltungen der Eltern in Anspruch nehmen, Frauen und Kinder mußten verdienen, um die Familie vor der größten Gefahr der Unterernährung und der heimtückischen Tuberkulose zu bewahren. — In einer Zeit, wo wir in tiefer Trauer über unsere Männer, Väter und Söhne, die draußen in fremder Erde modern müssen, und unsere Kriegsinvaliden täglich an all den Zimmern und das Leid erkennen und unsere Kriegsgefangenen, auf deren Heimkehr Hunderttausende Frauen, Mütter und Kinder mit Sehnsucht warten, da ist keine Zeit zum Schlemmen und Tanzen. Wenn wir aber herabschäufeln, wie junge Leute aus der Schule in die Fabrik gesteckt werden, mit 17 Jahren in den Kasernenhof, wo nicht immer der gute Ton herrschte und draußen in den Etappen gewisse Kreise nicht mit gutem Beispiel vorangingen, sondern im Schlemmen und Tanzen unsern Leuten ein schlechtes Beispiel gaben, so muß man sagen, nicht die Früchte der Revolution haben diese Zustände geechigt, sondern das sind die Früchte des Krieges, der demoralisierend auf die Menschheit, auf das Gemüt einwirkte. Ein neues Deutschland kann nur aufgebaut werden durch gemeinsame Arbeit, deshalb wollen wir Frauen mit den Männern gemeinsam helfen, alle Lasten zu tragen, um eine bessere Zukunft zu schaffen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mager (D.-nall.) verteidigt die Ausführungen seines fraktionellen Kollegen Mager in der gestrigen Sitzung über die Haltung des Landes zum Meer und bemerkt unter starkem Widerspruch der Sozialdemokraten, daß die Armee wirklich moralisch von hinten erdolcht worden sei. (Abg. Dr. Dieß (Soz.): Die Amerikaner haben das gemacht, die uns von Tripolis und Libanon auf den Hals gehetzt wurden.) Nebenher besagte ich, nachdem er sich zu den Tarifverträgen in aufstrebendem Sinne ausgesprochen hatte, mit Fragen der Lebensmittelversorgung und hat um eine bessere Verteilung.

Abg. Fleig (Soz.): Die Eisenbahner erklären, daß es ihnen bereits nicht möglich ist, den schwierigen Dienst zu leisten und die ungeheure Verantwortlichkeit zu tragen. Der Mißmut hätte nicht Platz gefaßt, wenn die frühere Regierung ihren Wünschen besser entgegengekommen wäre. Die früheren Zulagen waren ein Tropfen auf einen heißen Stein. Das Ultimatum von Mannheim war ein Rückschlag. Es war den badiischen Eisenbahnern bekannt, daß alle anderen Regierungen vorangingen. Es war ein Akt der Notwendigkeit, daß diese Zulagen gewährt wurden. Die Eisenbahnarbeiter während des Krieges niedriger bezahlt als die anderen Arbeiter. Die einmalige Zulage ist zur Anschaffung von Kleidern und Schuhen notwendig. Es wird von den Kriegsteilnehmern nicht verstanden, wenn diese die Zulagen nicht ausbekommen. Ich ersuche die Regierung, auch hier zuzustimmen. Die Eisenbahner sind der Lebensnerv des Landes, kommen Sie diesen entgegen, so werden Sie am besten der Ruhe und Ordnung dienen.

Abg. Spengler (Rent.) hätte dem Fahrpersonal eine besondere Zulage gewünscht. Der Redner nimmt die Kleinbauern gegen den Angriff, sie hätten nicht genug abgeliefert, in Schutz.

Abg. Dr. Dieß (Soz.): Im Namen all der Tausende, die ein liebes Angehörige draußen verloren haben, muß ich energigisch protestieren, daß hier gesagt wird, der Krieg sei verloren gegangen, weil in den letzten zwei Jahren durch unsere Kinder Elemente in das Heer hineingekommen sind, die nicht mehr ihre Pflicht gegen das Vaterland getan hätten. Das Gegenteil davon ist wahr. Es ist eine niederträchtige Verschimpfung (Große Unruhe und Erregung. Glöde des Präsidiums. Zwischenrufe von Seiten der Deutschnationalen. Präsident Kopf bietet, persönliche Angriffe zu unterlassen. Das Wort Verschimpfung gegenüber einem Abgeordneten könne er nicht zulassen.) Nachdem sich die Erregung etwas gelegt hat, fährt Abg. Dieß fort: Es ist richtig, daß seit 1917 allmählich in weiten Kreisen unseres Volkes die Ueberzeugung durchdrang, daß wir ein belogenes und hetrogenes Volk sind und daß wir ein Ende machen müssen. Welche Kreise konnte man hören, daß sie sagten, wir wollen nicht mehr mitmachen. Auch der Geist, der in einem Teil des Offizierskorps herrschte, der Geist der Ueberhebung war daran schuld. Wöllig unwaar ist es, daß unsere Jugend draußen ihre Pflicht vernachlässigt hätte. Sie waren bis zum Tode getreu und nicht der Dolch von hinten hat sie getroffen, sondern der frevelhafte Uebermut von Tripolis und Libanon hat sie erdolcht. Die Front hat ihre Schuldigkeit bis zum letzten Augenblick getan, aber die Uebermacht der Feinde hat uns überwunden.

Abg. Mager-Karlstraße (D.-nall.): Ich muß mit allem Nachdruck betonen, daß ich gestern gesagt habe, daß das Meer und das Volk von innen her zermürbt worden ist, um nicht zu sagen erdolcht. Dabei sei noch etwas gehört von dem Abg. Göhn und dem russischen Geld. Die Unabhängigen und Sparteisten haben es ja selbst gesagt, daß seit langem die Revolution mit fremdem Geld vorbereitet worden ist.

Abg. Samann (Soz.): Herrrer Karl hat nicht den richtigen Ton über die Arbeitslosen gefunden.

Abg. Gotheim (Dem.) bemerkt, der Abg. Mager habe heute einen Mißton angetreten. Der Krieg war eine große Tragödie der Arten. Ich meine, wir wollen nicht weiter zerstören, sondern aufbauen.

Abg. Karl (D.-nall.) legt seine Ansichten über die Erwerbslosen dar.

Abg. Dr. Kraus (Soz.): Ich protestiere im Namen der Deutschen und besonders der badiischen Soldaten, welche die Revolution am 9. November gemacht haben, dagegen, daß man die Revolution als eine feige Vandalentat bezeichnet, daß man behauptet, die Heimat hätte dem Feinde übergeben werden sollen. Und wenn Sie zu den Verhandlungen des Abg. Mager-Karlstraße einen Kommentar wollen, Herr Mager hat im Januar in einer Wahlversammlung in Willingen gesagt: „Die deutsche Sache ist von hinten herdolcht worden.“ Dagegen protestieren wir. Dagegen, welche die deutsche Revolution gestiftet haben — es finden ja auch Gauner und Betrüger darunter, aber die gab es auch schon im alten System an verantwortlicher Stelle genügend — es waren alte Soldaten, die jahrelang im Felde standen und eben unter dem Druck des alten Systems an Vergeßlichkeit waren. Ich will hier nicht die ganze deutsche Kriegspolitik aufrollen. Man hat hier von der Unterwürfung der Front gesprochen. Ja, wer hat denn im Januar 1918 die revolutionären Berliner Arbeiter in die Front gesteckt? Das war doch unsere obere Heeresleitung, Ludendorff! Das war eben die alte deutsche Politik nach innen und außen, Nach, gestützt

auf Bajonette. Und diese wahnwitzige Machtpolitik ist am 9. November zusammengebrochen! Wir brauchen das Urteil der Geschichte über die deutsche Revolution nicht scheuen. Nicht das Volk wird als das größte gelten, das möglichst viele andere besiegt und beherrscht hat, sondern das Volk, das in seiner Heimat am freiesten und am glücklichsten ist. Dies zu werden, dazu hat uns die Revolution das Fundament geschaffen. Wachen wir alle daran mit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kausch (Soz.): Mit der Person des Herrn Mager werden wir Gelegenheit haben, uns vor der Wählerkammer auseinanderzusetzen. Zweck meiner Wortmeldung ist, an den Abg. Weichhaupt eine „keine Anrede“ zu richten. Er behauptet, daß Deutschland die billigsten Preise habe. Die hohen Preise seien die Folge des Schleichhandels. Die Landwirtschaft habe von diesen hohen Schleichhandelspreisen nichts. Abg. Weichhaupt kommt dann zu dem überaus bedauerlichen Schluß, daß die Landwirtschaft zu diesen hohen Preisen lieber nicht verkaufen würde. Ich frage den Abg. Weichhaupt und seine Freunde: Wer zwingt denn die Landwirte, so hoch zu verkaufen? Was steht denn im Wege, die landwirtschaftlichen Produkte zu niedrigen Preisen den Kommunalverbänden zuzuführen?

Abg. Adler (Rent.): Alle sind wir einig in der Anerkennung dessen, was die Truppen geleistet haben. Die Schuldfrage wird unmöglich von uns völlig klar gelegt werden. Aber die Revolution in Baden ist nicht von Badenern gemacht worden, sondern von einem Matrosen aus Kiel, der kaum recht sprechen konnte. (Abg. Dr. Dieß: Und trotzdem ist es gegangen.) Jetzt wo man in Paris berät, wie man uns ganz zu Grunde richten kann, sollten wir einig sein. Die weitaus größte Zahl unterer Volksgenossen will, daß wir in Baden selbständig bleiben werden.

Abg. Mager (D.-nall.): Ich habe ausdrücklich gesagt, die Ursache des Zusammenbruchs war der äußere Feind, zum anderen die Zermürdung, die in die Arme getragen worden ist. Davon nehme ich nichts zurück. Ferner weise ich den Vorwurf zurück, ein Teil des Offizierskorps sei schuld an dem Zusammenbruch.

Finanzminister Wirth: Der Grundsatz: Baden den Badenern wird auch von der Regierung aufrecht erhalten.

Abg. Weichhaupt (Rent.): Die Landwirte werden von den Kammerern geradezu gezwungen, Lebensmittel abzugeben und sie können somit der Ablieferung der Sollmenge nicht nachkommen. Die allgemeine Beratung ist damit geschlossen.

In der Einzelberatung des Gesetzes über die Steuererhöhung begründete Abg. Schneider (Rent.) einen Antrag seiner Fraktion dahingehend, daß die jegliche Steuererhöhung nicht auch von den Gemeindefinanzen bestritten werden darf.

Abg. Götting (Dem.) äußerte Bedenken, diesen weitgehenden Antrag jetzt zu erledigen. — Neben anderer Fraktionen stimmen zu. Die Beratung über den Antrag wird vertagt.

Der Antrag zum Staatsanwaltsbescheid 1918/19 wird in den Ausgaben einstimmig genehmigt. Ueber die Einnahmen wird morgen abgemittelt.

Gesetzentwurf über die Notstandsarbeiten. Namens des Haushaltsausschusses berichtet Abg. Seubert (Rent.) über den Gesetzentwurf betr. die Deckung des durch Notstandsarbeiten entstehenden außerordentlichen Staatsbedarfs. Angefordert werden 5 Millionen.

Finanzminister Dr. Wirth: Wir geben mit dem Gesetzentwurf Gelegenheit zur Arbeit.

Der Gesetzentwurf wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Am 12 Uhr wird die Beratung abgebrochen. Fortsetzung Freitag vormittag 9 Uhr.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Berlin, 3. März. Die gestern abgebrochene Aussprache über die Organisation und Agitation wurde heute fortgesetzt. Es kam eine große Rede von Rednern zu Wort, die die Bestrebungen über die Parteileitung zum Ausdruck brachten. Besonders beschäftigte man sich mit der sozialistischen Jugendbewegung.

Reumder (Aldershausen): Aus Angst davor, durch die Radikalen bei der Jugend überflügelt zu werden, suchen wir jetzt einander zu überbieten. Wenn dann die jungen Leute in die Partei einziehen, dann müssen wir ihnen sagen: Ja, so schnell geht es nicht! (Zuruf: Wie in Weimar!) Wir müssen uns auf den Boden des Erreichbaren stellen und dürfen keinen Rückschritt nach Wollensluddeheim nachschießen. Nicht auf die Radikalen, die vor dem 9. November noch nicht wußten, was Sozialismus ist, und die sich jetzt in Radikalismus überstürzen. Dann befragen wir schließlich die Sache. Im Schlußwort rechtlich.

Frau Riez nochmals den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung; sie hätten geglaubt, die Rechtssozialisten vorwärts zu treiben zu können.

Abg. Büchmann: Ich hätte erwartet, daß die Vorwürfe gegen die Zeitung besser begründet gewesen wären. Besonders von den Berlinern hätte ich erwartet, daß sie sich nicht still gelassen wären. (Beifall, Unruhe und große Bewegung.) Der Verlauf unserer Zeit haben wir gebraucht, um Dummheiten wieder gut zu machen, die die Berliner verbrochen haben. (Großer Lärm. Rufe bei den Berlinern: Unerbittlich! Gemeinheit!) Das muß einmal gesagt werden. Es ist leicht gesagt, man hätte eine einheitliche klare Zeitung erwartet. (Erneute Zwischenrufe und Unruhe.) Die Berliner legen die Dinge immer so aus, daß sich solche Tagungen zu einem Duell zwischen Zentralleitung und den Berliner Genossen zuspitzen. Die Zentralleitung ist nicht bloß für Berlin da. (Lebhafter Beifall und Unruhe.) Waren wir mit Berlin nicht so hart beschäftigt gewesen, so hätten wir für das Reich mehr tun können. Wir haben gebahrt, durch unseren Eintritt in die Regierung die Gegenrevolution der Rechtssozialisten verhindern zu können. Wir dürfen den Parlamentarismus nicht übersehen, aber auch nicht das Gegenteil tun, denn er ist eines der Mittel zu unserem Zweck. (Sehr richtig! Beifall und Widerspruch.) Der schlimmste Fehler war die verkehrte Politik unserer Genossen auf dem Parteitag, der durch ihre Abstinenz. Dann waren am 28. Dezember nicht Haase, Dittmann und Karl, sondern Ebert, Scheidemann und Landberg aus der Regierung ausgeschlossen. Statt uns zu unterstützen, hat man uns fortgesetzt Knüttel zwischen die Beine geworfen, und man tat, als ob es der schlimmste Tag gewesen wäre, wenn wir erst aus der Regierung hinausgeworfen wären.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen schließt die Aussprache. Es wird ein Antrag angenommen, wonach kein Parteitag als einer anderen sozialistischen Organisation angehören darf. Für die Jugend wird eine Jugendagitationskommission eingesetzt und die Herausgabe einer unabhängigen sozialistischen Jugendzeitung beschlossen.

Die Nachmittagsagung wurde zum großen Teil ausgefüllt durch eine Rede von Gaule über das Programm und die Taktik der Partei. Die Tendenz seiner Rede ging dahin, scharf gegen die Sozialdemokratische Partei Stellung zu nehmen, aber auch nach links feinerer Schritte zu machen. Mit allem Nachdruck erklärte er Gaule für verfehlt, daß eine Minorität der Mehrheit den Generalkongress auferzögern beabsichtige, der proletarische unter dem Beifall des Parteitagtag, daß die Arbeiterräte, soweit sie auf dem Boden der Kommunisten und Sparteisten stehen, heute in der

„Roten Fahne“ zum Generalkongress aufrufen. Seine programmatischen Forderungen formuliert er in folgender Weise:

1. Vollige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung eines durch Freiwillige gebildeten Soldatenheeres, Errichtung einer Volkswache von Personen, die mindestens 24 Jahre alt und seit mindestens einem Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. Wahl der Offiziere und Unteroffiziere durch die Mannschaft. Wahl von Soldatenräten für die Ueberwachung der Ausbildung, Verpflegung, Kleidung, Wohnung, des Sanitätswesens. Das Ziel ist allgemeine Abrüstung.

2. Ausbau der bestehenden Arbeiterräte als Verankerung in der Verfassung. Wahl der Arbeiterräte als Vertreter der wertigen Bevölkerung nach demokratischen Grundsätzen. Periodisches Zusammentreten von Delegierten der Arbeiterräte Deutschlands zu einem Kongress. Mitwirkung der Arbeiterräte bei der Staats- und Selbstverwaltung. Kontrolle der Behörden, das Recht, Gesetze vorzuschlagen und die von der gesetzgebenden Versammlung beschlossenen Gesetze abzulehnen. Im Falle der Ablehnung entscheidet endgültig eine Volksabstimmung. Mitwirkung der Arbeiterräte bei der Betriebsführung und bei der Durchführung der Verfassungsgesetzgebung.

3. Die Verfassungsgesetzgebung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort in Angriff zu nehmen, in erster Linie auf dem Gebiete des Bergbaues und der Energieerzeugung (Kohlen, Wasserkraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion und weiterer entwickelter Großindustrie. Großgrundbesitz und große Forsten sind in gesellschaftliches Eigentum überzuführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten wirtschaftlichen Betriebe durch Vereinfachung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel sowie Förderung der Genossenschaften zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.

4. Einführung eines Monopols für Insekte und Uebertragung an die kommunalen Verbände. 5. Die den Kriegswitwen und -Waisen sowie Verletzten gemachten Versprechungen sind in vollem Umfang zu erfüllen. Den Wohnungsbedürfnissen sind überflüssige Räume der Besitzenden zur Verfügung zu übergeben. 6. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist vollständig zu versteuern. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die Ausgaben durch steigende Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftsteuern zu decken.

7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule, öffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestaltet ist. Anspruch jedes Kindes auf die feinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel. 8. Wahl aller Behörden und Richter durch das Volk. 9. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen, sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Arbeiterrepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiterinternationale auf dem Boden einer grundsätzlichen Politik.

Deutsches Reich.

Ein Monarchist über Wilhelm II.

Graf Hoensbroech, bekanntlich während des Krieges ein alldeutscher Hauptstörer und Führer der „Monarchist-Verschwörung“, veröffentlicht eine Schrift über „Wilhelms II. Abdantung und Flucht“. In dieser bekennet er sich nach wie vor als „Kaiserlich-königlich und hohenzollernstreu“, was ihn aber nicht hindert, Wilhelm II. als „Totengräber Deutschlands“ zu verurteilen. Als Monarchist hält es Hoensbroech für seine Pflicht, „das verfallene Reich am Hohenzollernstamm zu finden“, damit dieser recht bald wieder mache und blühe. Hören wir, wie dieser Monarchist über Wilhelm den Rechten urteilt:

Oberflächlich, frivol, burlesk, eitel, selbstherrlich, prunkfüchtig, geldhitzig, ohne Ernst, ganz aufs Neuhere gestellt, menschenverachtend, freundschaftlos, nachtragend, kleinlicher Anbeter seines kleinen Ichs, ohne großen Zug, Poseur und Schauspieler, und dabei — mit das Schlimmste für einen Herrscher — Feigling ohne persönlichen Mut.

Das ist Wilhelm II.

Zum Beweise seines Urteils erwähnt Hoensbroech eine Anzahl Begebenheiten, von denen wir nur eine hier wiedergeben:

Das Herrenhausmitglied Graf Karl Finckenstein-Madich erzählt mit als Augen- und Ohrenzeuge, Wilhelm II. habe bei einer Frühstückstafel dem General von S., der Salz nicht vertug, ein Salzfaß in den Suppenteller gestürzt mit den Worten: „Da, S., schuld das.“ Und der mit so „gnädigen“ Satz Beglückte schloß die Tür!

Man weiß nicht, wen man mehr bewundern soll: den „wichtigen“ Monarchen, den „tapferen“ General — oder den Grafen Hoensbroech, der unenwegt Monarchist bleibt, obwohl es doch das Weien der Monarchie ist, daß sie wahllos solche Menschen an die Spitze des Staates befördert.

Baden.

Berichtigung der Arbeiten des Verfassungsausschusses.

Es werden in den einzelnen Paragraphen noch einige, meist redaktionelle Veränderungen vorgenommen. So z. B. sollen in § 59 nicht die Ministerien oder unterstellten Behörden zur Anstellung von Beamten ohne weiteres ermächtigt, sondern durch Gesetze sollen sie dazu ermächtigt werden, was für die Durchführung des demokratischen Prinzips wichtig ist. Ein neuer § 69 befragt die Aufhebung des § 37 des Schulgesetzes. In dem Abschnitt, der von dem Recht der Gemeinden und der anderen Selbstverwaltungskörpern handelt, kommt noch ein Zusatz, — daß die Gemeinden wie überhaupt alle wichtigen Selbstverwaltungskörperchaften vor der Einbringung wichtiger Gesetze zu hören sind. — Damit ist auch die zweite Sitzung — der neuen Verfassung — beendet.

Die weitere Debatte dreht sich um die Erledigung der Verfassung im Plenum. Die Sozialdemokratie und die Demokratie wünscht, daß die Verfassung so rasch wie möglich verabschiedet wird und daß von jeder Fraktion nur ein Redner zur Verfassung Stellung nimmt. Das Zentrum ist damit nicht einverstanden. Da es mit der Fassung des § 19 (Schulparagraf) nicht einverstanden sein kann, möchte es unbedingt zu diesem Paragraphen eine größere Debatte entwickeln und noch besondere Anträge dazu stellen. Von der Sozialdemokratie wird aber nochmals mit aller Energie auf die gegenwärtige heikle politische Lage hingewiesen und die Auffassung vertreten, daß eben im Interesse des Zustandekommens einer Verfassung alle Parteien sich Opfer auferlegen müssen. Keine Partei kann mit allem zufrieden sein. Eine Verfassung ist auch nicht ein bestimmtes Parteiprogramm, sondern eben die gesetzmäßige Festlegung der bestehenden politischen Kräftegruppierung.

Aus technischen Gründen der Drucklegung des Kommissionsberichts wird die Verfassung erst in der übernächsten Woche vor das Plenum kommen können. Außerdem eint man sich darauf, daß die Verfassung dem Volksreferendum vorgelegt werden soll. Damit soll die Verfassung fest und stark im Volkswillen verankert werden. Damit sind die Arbeiten der Verfassungskommission erledigt.

Aus dem Haushaltungsausschuss der Nationalversammlung.

Der Haushaltungsausschuss beschloß gestern mit dem Zentrumsantrag, monach der neue Steuerzuschlag für Zwecke der Gemeindebesteuerung nicht in Betracht kommen soll. Der Ausschuss war der Ansicht, daß es sich bei dem neuen 20prozentigen Zuschlag um einen besonderen Zweck handle und stimmte dem Zentrumsantrag zu.

Sodann beschäftigte sich der Ausschuss mit der Eingabe des Vorstandes des bad. Eisenbahnerverbandes vom 27. Febr. dahingehend, die im September 1918 bewährte einmalige Teuerungszulage möchte auch den damals im Seeresdienst stehenden Arbeitern nachträglich bewilligt werden. Ein Vertreter der Regierung bemerkte dazu, daß die Familien der zum Seeresdienst eingezogenen Eisenbahnarbeiter neben der Reichsministeriumsunterstützung und den Gemeindezuschüssen vom Staat eine besondere Beihilfe (die Frau 30 Proz. und jedes Kind 6 Proz. des früheren Verdienstes des Mannes unter Einrechnung des Kriegsdienstzuschlags und der Teuerungszulagen) erhalten und sich damit sehr gut gestellt hätten. Der Ausschuss kam zu dem Beschlusse, bei der Nationalversammlung zu beantragen, über die vorliegende Eingabe zur Tagesordnung überzugehen. — Im Verlauf der Beratungen wurde von Regierungseite noch mitgeteilt, daß die neue Teuerungszulage möglichst rasch ausbezahlt wird.

Änderungen im neuen Gemeinde- und Städteordnungsgesetz.

Der Justizauschuss der bad. Nat.-Versammlung legte Mittwoch dem Justizminister den Gesetzentwurf vor, die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung fort. Zu dem im Regierungsentwurf enthaltenen Bestimmung, wonach von dem Erfordernis des Wohnsitzes im Stadt- oder Gemeindegebiet seit sechs Monaten durch einen Gemeinde- oder Bürgerausschlußbeschlusse in einzelnen Fällen Nachsicht erteilt werden kann, lag ein demokr. Antrag vor, dahingehend, daß im Interesse der Gleichberechtigung ein Beschluß des Stadtrats oder des Gemeinderats genügen soll. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmung, daß die Frauen zur Ablehnung einer Wahl sowie zum Austritt vor der gesetzlich abzulaufenden Dienstzeit berechtigt sind, wurde einem demokr. Antrag entsprechend mit allen gegen eine Stimme gestrichen. In der Begründung wurde von dem demokr. Redner betont, daß gleichen Rechten der Frauen auch gleiche Pflichten gegenüber stehen müssen. — Zu § 18 des Regierungsentwurfs, wonach die Stadträte von den Stadtverordneten, der Oberbürgermeister und die Bürgermeister vom Bürgerausschuss gewählt werden, lag ein Antrag des Zentrums vor, demzufolge mit acht gegen sieben Stimmen bei einer Stimmentzählung beschlossen wurde, daß bei den Bürgermeistern nur die Stadträte und die Stadtverordneten stimmberechtigt sein sollen.

Ferner wurde einstimmig abweichend vom Regierungsentwurf auf übereinstimmenden Antrag der Demokraten und des Zentrums beschlossen, daß die befohlenden Gemeindebeamten zu Stadträten gewählt werden können. Ein weiterer Antrag des Zentrums lag zu der Bestimmung der Gesetzentwurf vor, wonach die Stadträte und Stadtverordneten (statt wie in dem Entwurf vorgesehen auf drei Jahre) auf vier Jahre gewählt werden sollen. Dieser Antrag wurde mit 11 gegen sechs sozialdemokratische Stimmen angenommen.

Auf dem Gebiet der Fleischversorgung hat die Regierung jetzt noch stärkere Maßnahmen getroffen, nachdem die Schwarzschlachten, der Fleischhandel mit Fleisch in den letzten Wochen einen sehr großen Umfang angenommen haben. Nach den neuesten Verfügungen der Regierung soll die Fleischabgabe in allen Wirtschaften usw. einer strengen Kontrolle unterworfen werden, ebenso der Fleischverkauf in den Metzgereien. Erwerb von Rind- und Muttvieh ist künftig nur Personen gestattet, die eine besondere Bescheinigung ihres Bürgermeisters haben und ferner noch beim Verkauf von Rind- oder Muttvieh an Betriebe außerhalb Badens die Genehmigung der Fleischversorgungsstelle eingeholt werden.

Interpellationen und Anfragen. In der badischen Nationalversammlung sind verschiedene neue Interpellationen und Anfragen eingegangen. Von Abgeordneten der Zentrumsfraktion wurde eine Interpellation eingebracht über die Entlassung von Landwirten aus dem Seeresdienst zu den jetzt beginnenden Frühjahrsarbeiten. Eine weitere Interpellation der Abg. S e u e r t (Zentr.) u. Gen. stellt an die Regierung die Frage, was sie unternommen habe und noch zu tun gedenke, um endlich Freiheit für Brenner und Handel mit Branntwein herbeizuführen, nachdem die Kriegführung keinen Alkohol mehr erfordert. Weiterhin legt von Zentrumsabgeordneten ein Antrag zu der neuen Steuerhöhung vor, der wünscht, daß in dem Steuergesetz eine Bestimmung vorgehe, wonach für die Zwecke der Gemeindebesteuerung der weitere Aufschlag nicht in Betracht kommt.

Von den Abgeordneten M a s s a (Dem.) u. Gen. ist eine kurze Anfrage eingebracht, sie lautet: „Bei den schon zwei Monaten andauernden und sich voraussichtlich noch länger hinausziehenden Beratungen der Nationalversammlung ist es ein unbilliger Zustand, daß die Volkvertretung keinerlei Einfluß auf die Regierungshandlungen hat und zwar auf dem zusehends wachsenden Gebiete der Übergangswirtschaft und des Ernährungswesens, namentlich insoweit sie die Aufhebung der hierfür zehrenden Zwangswirtschaft, den Abbau der Preise für Getreide, das tägliche Bedarfs- und die Einfuhr im Ausland gelauter und längst bezahlter Lebensmittel und Rohmaterialien betreffen. Mit der Regierung bereit, mit einem zu diesem Zwecke von der Nationalversammlung aus sämtlichen Parteien zu bildenden Weirat in sofortige Verhandlungen einzutreten?“

Des ferneren haben die Mitglieder der Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei zwei Interpellationen eingebracht über die Inanspruchnahme der Bahnlinie Rosenbergs-Werdingen und über den Umbau der fogen. Scheffersberger Steige zwischen Melsheim und Mittelschiffens.

Das badische Verwaltungsrecht. Der badische Nationalversammlung ist als Vorlage der Regierung ein Entwurf zur Änderung des badischen Verwaltungsrechts ausgearbeitet. Danach werden die Mitglieder des Bezirksrates in alle vier Jahre für jeden Wahlbezirk gewählt. Wählbar sind die im Amtsbezirk wohnhaften, mindestens 25 Jahre alten Wahlberechtigten. Wahlberechtigt sind die in den Amtsbezirken zu den unmittelbaren Gemeindegewählten wahlberechtigten Personen. Die Wahl erfolgt durch unmittelbare und geheime Stimmgebung nach den Grundätzen der Verhältniswahl gleichzeitig mit den Gemeindegewahlen. Für die Kreisversammlung wird bestimmt, daß die aus den in den Amtsbezirken des Kreises gewählten Abgeordneten aus den Kreisräten des Kreiswahlkreises, soweit sie nicht schon als Abgeordnete der Kreisversammlung angehören. Die Abgeordneten werden aufgrund des Verhältniswahlrechtes gewählt von den zu den un-

mittelbaren Gemeindegewählten wahlberechtigten Personen. Wählbar sind die mindestens 25 Jahre alten Wahlberechtigten. In jedem Amtsbezirk werden mindestens 5, im übrigen soziale Abgeordnete gewählt, daß auf 10 000 Einwohner je ein Abgeordneter entfällt. Die Kreisversammlungen für 1919 dürfen erst nach den Neuwahlen berufen werden. Die Kreis- und Sonderausschüsse werden von ihnen neu gewählt. Bis zum Eintritt der neu gewählten Mitglieder dieser Ausschüsse verbleiben die bisherigen Mitglieder ihr Amt weiter.

Wesfel im Generalkommando. Durch Kriegsministerialbefehlung ist, wie uns mitgeteilt wird, der Chef des Generalkommandos des 14. A. R. Major Gudowius in das Pflücker-Regiment Nr. 88 versetzt und dem Generalkommando des 14. A. R. zur Verfügung gestellt worden. Der neue Chef des Stabes, Oberstleutnant B a h e n b a c h, ist geborener Badener.

Durlach, 7. März. In den letzten Tagen sind die Anträge zur Bildung eines Unteroffiziersbundes durch das Land. Das Gen. Kommando des 14. A. R. hat insofern die Aufstellung verboten, da die Unteroffiziere zu den anderen freien Bataillonen dringend benötigt werden.

1. Nacht, 1. März. Der am Samstag von der Reichswehr beauftragte Eise n a b e n d gehaltenen sich zu einer sehr lebhaften und angenehmen Feier. Herr Direktor W i c k e r hielt einen von allen Seiten gut aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Schule und Elternhaus“, aus dem man ersehen konnte, daß es bei der Verbreitung der Schulbildung ist, auch Arbeiterkinder zu tüchtigen Menschen heranzubilden. Herr Seinen hielt die feinschmeckenden Krieger willkommen. Schließlich wurden die Besucher nach durch Vorträge, Aufführungen, turnerische Übungen und feierliche Reden erfreut, sodas noch niemand die Feier unbefriedigt verlassen hat.

2. Nacht, 6. März. In einer amüslichen Bekanntmachung wird seitens des Kommandos der Leiter der badischen Militärzentrale F r e d r i c h G u s t a v genommen gegen Gerichte wegen Verurteilung von der des Kommunalverbandes Markt. An diesem Gericht sei kein wörtliches Wort, es beruhe auf Gefindungen. Es wurde nämlich erzählt, die Volkswache habe 25 Pfund Butter beschlagnahmt bei einer Angehörigen der Wiltshalle, als sie vom hiesigen Bahnhof nach Karlsruhe abfahren wollte. — Rückwärts kam ein Handelsbezer aus Heidelberg zur Anzeige, weil er aus dem Urarbeitslager Wertgegenstände im Wert von tausend Mark entwendet haben sollte. Wie sich nun herausstellt, handelt es sich um unbedeutende Dinge wie Taschen und Koffer.

Seibelberg, 7. März. In den vier Gemeinden Altenbach, Dossenheim, Kirchheim Reimen und im Stadtteil Sandbühlheim sind bis jetzt 17 Todesfälle, darunter zwei Todesfälle, festgesetzt worden.

Mannheim, 7. März. Verhaftung. Es ist gelungen, den schweren Ein- und Ausbrecher G r o b s von Odenheim, der bei den Mannheimer Unruhen aus dem Gefängnis befreit wurde, wieder zu verhaften. Da er sich seiner Verhaftung überhebt, mußte gegen ihn von der Waffe Gebrauch gemacht werden. In schwer verletztem Zustande wurde Grobs im Allgem. Krankenhaus eingeliefert.

Mannheim, 7. März. Nachdem die Regierung ein strenges Verbot über das Befahren von Eisenbahnen in den Anhängen in ihrem Uraon „Die Trübsal“ ihre Genossen auf sich Wasserstände ausstellen zu lassen. Demgegenüber machen die Reichswehrminister aufmerksamer, daß nur der Vollzugsberechtigt ist. Wasserstände auszustellen.

Mannheim, 6. März. In zwei großen Anschlägen an den Reichstagen schenkt die Heilige Staatsanwaltschaft nach zwei furchtbar ansehnlichen Mordern und zwar nach dem mit Gefängnis und Zwangsarbeit bestraften Arbeiter Friedrich Seiser, welcher den Sommerrentner Meißner erschossen hat. Auf die Ergreifung des Seiser ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Ferner schenkt die Staatsanwaltschaft nach einem gewissen Josef Neidig, welcher die Heilige Ehefrau Grunert in ihrer Wohnung ermordet und beseitigt hat. Auch auf die Ergreifung dieses Mörders ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Aus dem Spauerland, 6. März. Die Franzosen haben, nach einer Meldung der „Potsdamer Zeitung“ gegen die Stadtgemeinde Neßl ein Strafverfahren in der Höhe von anderthalb Millionen Franken eingeleitet, weil angeblich die Neßl des Gaswerks ohne behördliche Erlaubnis verkauft wurden. Die deutsche Genarmee im besetzten Spauerland wurde einem französischen Major unterstellt. Das fortgesetzte Eintreffen von Mannschaften und Arbeiterüberstellungen im Waldenbühlgebiet steht findet angeblich zur Vorbeugung gegen vermeintliche Ueberfälle durch die Deutschen statt.

Konstanz, 7. März. Einem hiesigen Scheidungskinder wurden fünf in Ueberleben Lebensmittel im Wert von über 3000 Mark abgenommen.

Waldbrunn, 6. März. In der vergangenen Nacht kam es hier nach einer Veranlassung über die Frage der Ernährungsverhältnisse zu Unruhen, in deren Verlauf auf den Bürgermeistern Dr. G u n d l m a n n geschossen wurde. Er wurde nicht verletzt. Ein Schußmann erhielt einen Messerschlag. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Geheimer-Ausrichterin in Freiburg. Neilsen nach preussisch-gesetzlichen Stationen, die sich nicht schon beim Eintritt der Strömung eine Karte für die Mischele Wen können, müssen im Besitze eines Nachweises über die Dringlichkeit ihrer Reise sein.

Soziale Rundschau.

Kraftfahrer, Achtung! Alle arbeitslosen Kraftfahrer, die sich im Besitz des Militär- und Zivilführerscheines befinden und zuverlänglich sind, wollen sich in ihrem eigenen Interesse unter einer kurzen schriftlichen Schilderung ihrer derzeitigen Verhältnisse bei der britischen Verwaltungskontrollstelle des Deutschen Transportarbeiterverbandes oder direkt bei dem Untergruppenleiter melden.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Württemberg und Baden. Der Gewerkschaftsleiter: H. Kleinmüller, Karlsruhe, Wilhelmstraße 47.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten!

6. Aus. Amt Durlach, 26. Febr. Am Samstag, 22. Febr., erfolgte auch hier die Gründung einer Ortsgruppe (22 Mitglieder, darunter 10 Frauen) des Reichsbundes der Kriegsgewaltigen und Kriegsteilnehmer. — Auch in den Orten beinahe die Erkenntnis der dringenden Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Kriegsgewaltigen und ehem. Kriegsteilnehmer zwecks Förderung gemeinsamer Interessen immer mehr durch. — Zum Vorsitzenden best. Schriftführer wurden Heinrich Bräuer und Friedrich Gessel gewählt.

1. Nacht, 2. März. Am 22. Febr. fand im Abwesenheit die Gründungsversammlung eines Konsumvereins Markt statt. Die erleuchteten Ausführungen machte der Geschäftsführer des Konsumvereins Baden-Baden W. B i c h l e r, der in vorläufigen Darlegungen den Anwesenden Zweck und Ziele und Wesen der Konsumvereine auseinandersetzte. Nachdem er kurz die Geschichte der Konsumvereinsbewegung gestreift hatte, zeigte er an Hand eines reichen Zahlenmaterials den gegenwärtigen Stand der Konsumvereine und Genossenschaften. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat 1 200 000 Mitglieder; im ganzen sind in

Deutschland etwa 2 1/2 Millionen Konsumvereine genossenschaftlich organisiert. Der Zweck der Konsumvereine ist, die Produkte auf dem kürzesten Weg dem Verbraucher zuzuführen, wobei als Grundregel gilt, daß nicht die Billigkeit, sondern die gute Qualität der Waren Hauptbedingung sein muß. Wenn dabei die Konsumvereine trotzdem viel billiger liefern können, als selbst die leistungsfähigsten Großfirmen, so ist dies aus folgenden vier Gründen möglich: 1. die Konsumvereine haben stets ein umfangreiches Betriebskapital zur Verfügung. 2. Bei Ein- und Verkauf wird Verzinsung zum Grundsatze gemacht, sodas keine Verluste durch faule Zahler entstehen. 3. Jede Ware fällt weg, sodas die Betriebskosten nur 8-10 Prozent betragen. 4. Es wird nur im Großen eingekauft, und zwar durch die seit 1893 bestehende Groß-Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die im Jahre 1914 einen Umsatz von 157 Millionen Mark hatte. Politisch und real gibt es für die Genossenschaft vollständig neutral; sie lehnt grundsätzlich überhaupt jede Ausprägung über ein politisches oder religiöses Thema ab. Nachdem der Referent noch einen Ueberblick über die glänzende wirtschaftliche Lage der Genossenschaft W a d e n - W a d e n gegeben hatte, empfahl er den Anwesenden, keinen eigenen Konsumverein zu gründen, sondern sich der Genossenschaft Waden- anzuschließen.

In der darauf folgenden Diskussion befragten unsere Parteigenossen G e l b e r t und M e l l e r t den Anführer an Waden-Baden, worauf sich ein Propaganda-Ausschuss bildete, dessen vorläufiger Vorsitz Herr M e l l e r t e übernahm. In diesem Ausschuss haben sich Männer und Frauen der verschiedensten Stände und Berufe zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden, was im Interesse der guten Sache auf das lebhafteste zu begrüßen ist. Wir wünschen dem jungen Unternehmen recht viel Glück und hoffen, daß es seinen Plan, im Juni dieses Jahres einen Laden in Markt zu eröffnen, wird verwirklichen können.

Lohnverhältnisse in Baden-Baden.

s. Baden-Baden, 27. Febr. Die Erkenntnis, daß ein aufrechtiges und soziales Empfinden, jedem Berufsstand und jedem Volksgenossen gegenüber, eine Hauptbedingung zur Lösung unserer innerpolitischen Nöte ist, scheint in den vereinigten badischen Kommunalverwaltungen Gemeingut zu sein. Wäre eine solche Einsicht beispielsweise in Baden-Baden vorhanden, so müßten Gehalts- und Lohnverhältnisse wie sie schon aus menschlichen Gründen die schwersten Bedenken erwecken, bei den dortigen Behörden unmöglich sein. Die nachstehend angeführten Zahlenangaben dürften an Deutlichkeit der Sprache nichts zu wünschen übrig lassen.

Ein Stadtratsbeschlusse vom Mai 1918 regelt die Lohnverhältnisse der bei den städtischen Dienststellen Baden-Baden angestellten Bürohilfsarbeiter folgendermaßen: Die männlichen Hilfskräfte werden in zwei Kategorien eingeteilt, in welche die untergeordnete Schreibarbeiten zu verzeichnen haben und in andere, denen selbständige Arbeiten übertragen sind. Die Ersteren erhalten einen Anfangslohn von 4,05 M., der sich allmählich bis zum Höchstlohn von 5,50 M. heben, der Letzteren werden mit 5 M. eingestellt und können sich bis zum Höchstlohn von 6,50 M. verbessern. Die weiblichen Hilfskräfte erhalten nach einem ähnlichen, jedoch dreigeteilten Schema 3 M. (steigen bis zu 4 M.), 3,50 M. (4,00 M.) und 4,50 M. (5 M.). Zu diesen Löhnen kommt nach einer stadtträtlichen Bestimmung vom Dezember 1918 eine tägliche Teuerungszulage von 1 M., die man für früher eingestellte bis zum 1. Juli 1918 rückwärts ausdehnt. Nach dem Monat Dezember eingestellten — die sich notabene ausschließlich aus Kriegsteilnehmern rekrutieren — wird jedoch diese Teuerungszulage, wie auch die erstmalige Aufbesserung nach der oben mitgeteilten Lohnabelle erst vom viernten Arbeitsmonat ab gewährt!

Man ist nun nicht bei allen Dienststellen so kleinlich, die stadtträtlichen Bestimmungen nicht auch einmal zu durchbrechen. Wenn dabei auch einmal der Höchstlohn überschritten wird, so stellt doch ein solches Verfahren eine Ungerechtigkeits gegenüber den Arbeitsbegünstigten dar und trägt zur Vermehrung der Unklarheit bei, die über die Lohnverhältnisse unter den Angestellten mangels eines einheitlich geregelten Lohnsystems herrscht.

Auf dem Lebensmittelland in Baden-Baden sind zur Zeit neben zahlreichen weiblichen ungefähr 20 männliche Angestellte beschäftigt, von denen die meisten verheiratet sind. Dieser Art einzigster darunter, der über 5,50 M. Tagelohn bezieht! Dieser an sich unzulässige Satz muß aber noch unter folgendem Gesichtswinkel betrachtet werden: Nach den stadtträtlichen Bestimmungen bleibt der Sonntag grundsätzlich ohne Arbeit und ohne Verdienst. Nun erfordert der Betrieb der Lebensmittelverteilung einen Teil des Monats erhöhte Tätigkeit der Angestellten, dann tritt eine Arbeitsverminderung ein. Infolgedessen hatte man bisher, wo man „nur“ mit weiblichem Personal zu tun hatte, eine Woche mit durchschnittlich drei täglichen Überstunden, sowie eine vierstündige Sonntagsarbeit zum vollen Normallohn eingestrichelt, zum Ausgleich hierfür ließ man in der ruhigen Zeit eine Woche feiern. Da man diese „vorteilhaften“ Lösung nun auch den männlichen Hilfspersonal aufzuerlegen möchte, dürften die nachstehenden Zahlen interessieren. Bei einer Normalbelegung von 5,50 M. Tagelohn bei achtstündiger Arbeitszeit beträgt der Normalstundenlohn 60 Pf., die Überstunden bezahlt man beim Lebensmittelland in Baden-Baden mit 40 Pf. Auf diese Weise würde der Normalverdienst von 132 M. in vier Wochen, mit Ausschluß der Sonntage, auf 111,70 M. im selben Zeitraum, nach Abzug aller arbeitslosen Wochen, jedoch zusätzlich der Überstunden und einer halben Sonntagsarbeit, heruntergedrückt. Es sollte sich erübrigen, über die wirtschaftlichen Folgen, die sich aus derartigen Zuständen für die Betroffenen ergeben, ein Wort zu verlieren. Auch wer die heutigen wirtschaftlichen Zustände nur vom Hörensagen kennt, dürfte sich kaum bei der Vorstellung beruhigen, daß die geschätzten Löhne gänzlich unzureichend sind. Der Hinweis, sollte werden, daß mancher Arbeitswillinge, der bei so jammervoller Bezahlung ja noch einmal die seiner Familie zugewiesenen Lebensmittel kaufen kann, geradeaus aus zwingenden Gründen zur Gewerkschaftenunterstützung aufrufen könnte, weil er mit deren Sätzen — von 6,40 M. an aufwärts — sich und seine Familie besser vor Not zu schützen vermag, als mit seinem Arbeitslohn.

Die Forderungen, die sich unter diesen Umständen den Angestellten sofortigen aufdrängen, bewegen sich im wesentlichen in folgendem Rahmen: Heraussetzung des Mindestlohns (siehe auf S. 1) 7 M. (Sonntage inbegriffen) nach Abzug aller gesetzlichen Berücksichtigungsfälle — Zulage für Familienunterhalter — Steigerung in angemessenen Zwischenräumen bis zu einer vereinbarten Höchstgrenze — Teuerungszulage der Wirtschaftslage entsprechend, und logischerweise vom Tag des Arbeitsantritts an zu gewähren — sowie Rückwirkung der Neuregelung der Lohnsätze auf den ersten Januar ds. Js.

Diese Forderungen werden nicht erhoben etwa um das Weltrennen nach Löhnerhöhungen mitzumachen. Es wird mehr an n e r d i g e B e z a h l u n g verlangt, und ihre Gewährung dürfte für beide Teile förderlich sein, sofern die Kommunalbehörden Beachtung darauf legen, bei dem mit allen Mitteln zu betreibenden Abbau der Gewerkschaftenunterstützung des erblichen Mittelstandes aller rechtbedenkenden Arbeiter zu finden. Die Schwierigkeiten, die sich aus der Not der Zeit für die Stadtverwaltungen so sehr, wie früher für die Angestellten, ergeben, werden nicht verkannt. Auf keinen Fall dürfen die zum Teil ebenfalls recht traurigen Gehaltsverhältnisse langjähriger städt. Beamter ein Hindernisgrund für die Forderungen des Dispersionsfalls sein — diese Landesverordnete Neuregelung muß ja ebenso, wie die Programmpunkte der Hilfsangestellten, unverzüglich in Angriff genommen werden.

Aus der Partei.

Unterwiesheim, 5. März. Samstag, 8. März, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum "Schwan" eine Mitgliederversammlung statt.

Korb, 5. März. Sozialdem. Verein. Nächsten Montag, 10. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal eine Mitgliederversammlung statt.

Offenburg, 5. März. Eine öffentliche Volksversammlung findet am Samstag abend 8 Uhr in der "Mühlhalle" statt.

Achern, 7. März. Nächsten Sonntag, 9. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Saal des Gasthauses "Zum Ochsen" eine öffentliche Volksversammlung statt.

Offenburg, 5. März. Eine öffentliche Volksversammlung findet am Samstag abend 8 Uhr in der "Mühlhalle" statt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 7. März.

Unehrenhaftes Geschäftsgefahren im Möbelgeschäft. In keiner Geschäftsbranche wird über rücksichtslose Ueberbeteiligung des Publikums mehr geklagt, wie im Möbelgeschäft.

Ein fleißiger Arbeiter kaufte in einem Geschäft (der Name tut ja nichts zur Sache) vor dem Kriege Möbel auf 2000 Mark.

Zentrale in Erfahrung gebracht, daß die Frau im Lagerarbeit gekorben ist. Wie Ihnen bekannt ist, kauften Sie mir auf meinen Möbeln, welche unter Eigentumsverbehalt ver-

kauft sind, 382,50 M nebst 5 Prozent Zins vom 21. Mai 1918. Da Sie nicht in der Lage sein werden, meine Zahlung zu erfüllen, so wird es das Beste sein, ich hole meine Waren zurück, wenn Sie nicht innerhalb 8 Tagen dafür Sorge tragen, daß ich gedeckt werde.

Ganz abgesehen von der Rücksichtslosigkeit gegen eine Kriegswitwe, hat man es hier mit einer höchst unanständigen Geschäftsmannschaft zu tun. Seit 1913 sind nämlich infolge der allgemeinen Wuchererei die Möbel ungeheuer im Werte gestiegen, und der ehrliche Möbelkäufer würde für die gebrauchten Möbel ganz andere Preise herausfinden, wie sie als neu im Verlage bewertet sind.

Darstanden. Morgen Samstag abend 7 Uhr, findet im "Karlsruher Hof" eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. In der am 4. März abends 6 Uhr stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter aus Karlsruhe wurde über den Verzicht auf unsere Forderungen und der Verzicht des Stadtrats, sowie über den Erfolg unserer Forderungen die Beschlüsse gefasst.

Die am 4. März stattfindende Versammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der Kommision und erklärt sich einverstanden, mit den getroffenen Abmachungen, wonach alle städt. Arbeiter eine Zulage von 2,25 M pro Tag erhalten und außerdem über den städt. Arbeiter ein Mindestlohn von 10 M pro Tag zu erhalten wird.

Jugendbildungsverein. Der Verwaltungsrat des Jugendbildungsvereins beschloß, fünfzehn in dem neu hergerichteten Stadt Jugendheim in regelmäßiger Folge Vorträge mit Lichtbildern halten zu lassen.

Reise nach dem Süden" in farbigen Bildern den Besuchern des Jugendheims vorzuführen. Alle der Volksschule entwachsenen Knaben sind herzlich willkommen.

Landestheater. Felix von Krone, früher Mitglied unseres Schauspielers, jetzt Direktor der Wiener Volksschule, wird auf der Durchreise durch Karlsruhe in der kommenden Woche als Dr. Jura in dem Lustspiel "Das Konzert" von Bahr auftreten.

Der Verkehrsverein hat seinen Jahresbericht für 1918 herausgegeben, zu dessen Besprechung seine Mitglieder auf morgen Sonntag abend 7 Uhr in das Nebenzimmer der Bauhofschaft 2. Klasse eingeladen sind.

Zum Karlsruher Adreßbuch wird diesmal ein Frühjahrs-Nachtrag ausgegeben werden, der alle Änderungen, Neueinträge und Mitteilungen der Einwohnerliste berücksichtigt.

Gosseum. Das diesmalige Programm unserer "Bunter Bühne" ist in seiner Zusammenstellung als ein wirklich großstädtisches zu bezeichnen, was wohl am besten durch ein stets ausverkauftes Haus bewiesen wird.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Verband der Steinarbeiter.) Samstag, 8. März, abends 7 Uhr, im "Großherzog Friedrich", Beckenstraße, 1022. Der Vorstand.

Karlsruhe. (Arbeiter-Madefreier-Verein Solidarität.) Samstag, den 8. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal "Gewerkschaftszentrale". Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen erwünscht.

Karlsruhe. (Gesangs-Gleichheit.) Samstag, 8. März, 10 Uhr, Zusammenkunft bei Mitglied Fritz "Droll", Ede Ruppurrer- und Rebeniusstraße. 1653. Der Vorstand.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Die eingezzeichneten Teilnehmer der Tour am kommenden Sonntag müssen am Freitag bestmöglich im Vereinslokal erscheinen. 1676. Die Führerschaft.

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 8. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum "Lamm" Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. 1681.

Müsch. (Sozialdem. Verein.) Sonntag, 9. März, nachmittags 1 Uhr, im "Löhren" Mitgliederversammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, vollständig zu erscheinen. Auch Volkshausbesucher und Freunde unserer Sache sind freundlichst eingeladen. 1677.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Freie Turnerschaft Karlsruhe. Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß am Samstag, den 8. d. Mts., abends 7 Uhr, im Saal "Apollo" unsere Fechtstunden stattfinden. 1680. Der Turnrat.

Futtermittel für alle 1641 Säugeliere und Geflügel (Preisliste kostenlos) A. Plattner, Theissen (Thür.) 202 A

Husten, Atemnot, Verschleimung. Schreibe allen Leidenden gerne um auf, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreie. Heilmittel: Pele, Wackerleben, Krobin, Schöfen. Auch bei Lungenentzündungen, Kräfte, offenen Veinschwüren gerne umsonst Auskunft. Näheres erwünscht. 1976

Vor Verfall schützt nur frühzeitige Erneuerung der Preuss. südd. Klassenlose zur III. Ziehung. 1919. Kanflöse sind noch erhältlich. 1/4 1/2 1/2 1/2 Teil. 15.- 10.- 10.- 120.- Mk. Ludwig Götz Bad. Lotterieleinnehmer. Hebelstraße 11 beim Rathaus

Alle Druck-Arbeiten liefert rasch und billig. Druckerlei Volksbund. Luisastrasse 24. Teleph. 128.

Sozialdemokrat. Partei Rastatt. Am Samstag, den 8. März 1919, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum "Napp" eine Mitglieder-Versammlung statt, in welcher Frau Kunigunde Fischer-Karlsruhe, Mitglied der badischen Nationalversammlung, sprechen wird.

Jungpferde mit Möbelwagen und Rollen. Gezeigt billig. Jak. Freier, Sofienstr. 113. Spiegel.

Zwei gebrauchte 2 HP. und ein gebrauchter 8 HP. Gasmotoren zu verkaufen. Annot., in welchen der Preis ab Etando 1 Kaiserallee 11 und Schlahtgasse 3 zu stellen ist, sind bis 15. März d. J. bei uns einzusehen. 1657. Karlsruhe, den 5. März, 1919. Städt. Gas-, Wasser- & Elektrizitätswerk.

Starke Arbeitsstiefel mit Lederbesatz gibt an Wundermittelste zu herabgesetzten Preisen ab. Schuhfabrikerei Bad. Frauend. Waldstraße 13. Geöffnet von 8-1/2 Uhr und 1/2 3-6 Uhr.

Eltern die aus der Kirche ausgetreten sind, werden hiermit freireligiösen Religionsunterricht aufmerksam gemacht. Jeden Samstag 3-5 Uhr Lindenschule (Kriegstraße). Anmeldung dabeist. Zimmer 18, vor 8 Uhr.

Städtisches Konzerthaus. Freitag, den 7. März 1919. 1679. Vorstellung des Bad. Landestheaters. Freitagsmiete Nr. 23. Der Evangelimann. Musikalisches Schauspiel in 2 Akten (der zweite Akt in zwei Abteilungen) nach einer in den Erzählungen "Aus den Papieren eines Polizeikommissars" von Dr. Leopold Flor. Meissner mitgeteilten Legendenheit von Wilh. Kienzl. Anfang 1/2 7 Uhr. Endo 1/2 10 Uhr.

Städtische Festhalle Karlsruhe. Oberammergauer Passionsspiele. Spieltage: am 4., 5., 6., 7., 8., 9. März, jeden abend 7 Uhr, ausserdem am 5., 8. und 9. März, je son nachmittags 2 1/2 Uhr und abends 7 Uhr. 1612. Vorverkauf in der Musikalienhandlung des Herrn Fritz Müller, Kaiserstrasse 1-4, Ecke Waldstrasse. Telephon 838.

Schöne Nußbäume, Lehrling gesucht. Söhn achtbarer Eltern, der Lust hat das Goldschmiedehandwerk zu erlernen gesucht. 1656. Richard Gropah. Goldschmiedemeister. Kaiserstr. 179.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas. Kauf 369. Levy, Au- u. Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22.

Ernst Marx, Zulfenstr. 58. 1064. O. M. Walter. Maler- und Tapeziergeschäft. Durlacherstr. 31. 1651. sofort gesucht. S. Strauß, Sofienstraße 117.

Uhren. Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt. Josef Klaus, Uhrmacher, Ruppurrerstraße 20. 854.

Mandolinen, Gitarren, Zithern. werden fortwährend angekauft in Weintraub's u. Verkaufsgeschäft. 856. Kronenstr. 52, Tel. 8747.

Jeder Dame, welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Bobbe, sparrichten, Färbepfandchen usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig. 1685. Karl Mösch, Friseur, Durlach, Waldstraße 21.

Diwans! neue in Plüsch, Tuchen und Stoffbezug, darunter noch prima Qualität in bekannter Güte. Wolferei H. Köhler, Schützenstraße 26. 1679.

Ein Paar neue Nahrungsmittel, Nr. 41, gegen 1 Paar Konfektmandelkugeln, Nr. 36, zu vertauschen gesucht. 1671. Winterstr. 44a, St. 3, St. 12a.

Arbeiter sucht bei anständigen Leuten. 1644. Kost und Logis. zum 15. März, womöglich Oststadt. Gefällige Angebote unter 1644 an das "Volkshaus"-Büro.

Zuarbeiterinnen u. ein Lehrling gesucht bei Fr. Winkler, Ruppurrerstr. 9, 111. Wo könnte ein Mädchen gründlich das Kleidermachen erlernen? Eintritt auf anfang Mai. Gest. Offerten unter H. P. an die Exped. des "Volkshaus" erb.

Möbelhaus

Beschligung ohne Kaufzwang.

Ecke Kaiser- und Douglasstr. (Hauptpost). Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel.

Gehr. Karrer

Gute Ware bei billigster Berechnung.

Angebotsverfahren.

Frau Karl Schuerpflug, Schloßers Witwe, Sophie geb. Obretter in Ziegen (Amt Durlach) hat den Antrag gestellt, ihr abhandengekommenes, auf den Namen Sophie Schuerpflug, Privatverze, lautendes Patent Lit. B Nr. 2649 mit einer Einlage von 700 Mk. 68 Pfg. in-zwischen durch Zinsaufschrift an-gewachsen auf 737 Mk. 39 Pfg. für kraftlos zu erklären.

Karlsruhe, den 4. März 1919. Städtisches Sparkassenamt.

F.-C. Germania Ave 1900.

Am Samstag den 8. d. M., abends präzis 1/2 8 Uhr, findet im Lokal zum „Waldhorn“ unsere ausserordentliche Generalversammlung statt.

F.-C. Phönix (Ph. ix-Alemania) Freitag 8 Uhr abends Monats- u. ausserordentl. Spielerversammlung im Löwenrachen.

Sonntag, 9. März. Verbands-spiele, I., II., III. gegen F.-V. Peiertheim, a. d. K.F.V.-Platze. Beginn: 3, 1/2 2 Uhr nachm. bzw. 10 Uhr vorm.

Geldentschädigung beim Tragen eigener Bekleidung f. freiwillige.

Denjenigen angezogenen freiwilligen, die wegen Mangel an Bekleidung nicht zivillich ein-ge-leidet werden können und daher gezwungen sind, ihre eigene Bekleidung (Zivil oder Uniform) zu tragen, darf dafür eine Entschädigung von 75 Pfg. täglich bis zum Höchstbetrage von 20.— M. monatlich bewilligt werden.

Landesausschuss Von seiten Gen.-Kdts. badischer Soldatenräte. Für den Chef d. Gen.-Stabes: Geh. n. Maier.

Bekanntmachung.

Die Hochbauwerkmeisterprüfung für das Jahr 1919 betr. Der Beginn der nächsten Werkmeisterprüfung für den hochbau-technischen Dienst ist auf Montag, den 7. April 1919 festgesetzt.

Die Gesuche um Zulassung sind spätestens bis zum Mitt-woch, den 12. März 1919 mit den nach § 4 Absatz 2 und 3 der landesherrlichen Verordnung vom 8. Dezember 1883 (Ges.-u. Verord.-Blatt 1884 S. 1) erforderlichen Papiere beim Ver-kehrsamt zur weiteren Vorlage einzurichten.

Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß für den Nach-weis der praktischen Ausbildung der Kandidaten allgemein ge-faltene Zeugnisse nicht genügen, vielmehr genau anzu-geben sein muß, in welcher Weise die Beschäftigung in den einzelnen Stellen erfolgte.

Karlsruhe, den 28. Februar 1919. D. 3. 75. Vab. Ministerium des Innern. Vorstehende Bekanntmachung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis. Karlsruhe, den 4. März 1919. 1674. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Kartoffeln.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß diejenigen Haushaltungen, welche ihren Winterbedarf an Kartoffeln im Wege des Bezugscheinverfahrens oder durch Bezug von der Stadt ein-gebedt haben, durch die Gerabehung der Bodenmenge von 7 auf 5 Pfund mit ihren Vorräten bis zum 6. Juli 1919 auskommen müssen; bis zu diesem Zeitpunkt werden sie weder Kartoffeln noch Kartoffelmarken erhalten.

Lebensmittelmarken!

Für verfallene, verlorene und sonst abhandengekommene Lebensmittelmarken kann Ersatz nicht gewährt werden. Karlsruhe, den 28. Februar 1919. 1664. Nahrungsmittellamt der Stadt Karlsruhe.

Dr. Wirz, Facharzt innerer Leiden

Karlsruhe, Georg Friedrichstr. 2. Eigene Fachheilmethoden für Frauenleiden, Weissfluss, starker Regel, Vorfälle, von Nieren-Harnleiden (ohne Spritz- und Schmierkur), Kröpfe, Gicht, Beineleiden, Ohrläusen, Bettlägeri, Hämorrhoiden — Broschüren: „Nervenschwäche“, „Augendiagnose“, „Selbstarzt“ u. a. m.

Aufruf zwecks Bildung einer Sicherheitswehr in der Stadt Bruchsal.

Auf Einladung des Herrn Oberbürgermeisters haben sich am Dienstag Abend im Sitzungssaale des Rathauses ca. 60 Bürger aller Stände und Parteien zusammen-gefunden zwecks Besprechung über die Gründung einer Sicherheitswehr für unsere Stadt. Nach reger Aussprache wurde einmütig die Notwendigkeit einer solchen erkannt. Es ergeht daher der dringende Ruf an alle wehrkundigen Männer Bruchsal ohne Unter-schiede des Alters, Standes oder der Partei, sich der gemeinnützigen Sache zu-widmen. Der Ernst der Zeit macht es zur gebieterischen Pflicht, daß alle wehr-kundigen Männer an der Aufrechterhaltung der Ordnung und des öffentlichen Lebens Anteil nehmen und sich in die bei der Bruchsaler Zeitung, Bruchsaler Bote sowie im Rathhaus Zimmer Nr. 18 aufliegenden Listen bis längstens Dienstag, den 11. d. M. eintragen.

Der provisorische Ausschuss: Rechtsanwält Stöckert, Dipl. Ing. Adolf Philipp, Jakob Bollmann, Carl Ohler, Friedrich Frank, Sebastian Schroll.

Galerie Moos Karlsruhe i. Baden. Kaiserstrasse 187 I. 37. Sonder-Ausstellung 16. Febr. bis 10. März 1919. Prof. R. Hellweg J. F. Schröder u. a. Geöffnet von 10—6 Uhr Sonntags von 11—1 und von 2—4 Uhr. 752

Dienstmannruf besorgt alles 1000 — Telephon 3406 — Landerer, Kronenstr. 7 II.

KAFFEE BAUER neben d. Rathaus Nachmittags kein Konzert. Zahlreiche Tages-Zeitungen und Zeitschriften. Jeden Abend und Sonntag nachm. Künstler-Kapelle Graner.

Anmeldungen von Lehrstellen in allen Berufen (Handwerk, Handelsgewerbe usw.) für Knaben und Mädchen. Am 1. März 1919 entgegen. Stadt. Arbeitsamt Karlsruhe 6544. Sähringerstr. 100

Zur Frühjahrs-Aussaat empfehle ich in bester, keimfähiger Ware Gemüse-, Feld-, Gras- und Blumensamen in anerkannt vorzüglichen Sorten bei festgesetzten Höchstpreisen. Prompter Versand. Carl Weiss Nachf., Karlsruhe 1401 Samenhandlung Zähringerstr. 96, am Marktplatz. — Das Geschäft ist wieder täglich geöffnet. —

Buchhandlung „Volksfreund“ KARLSRUHE 24 Luisenstr. 24 Lieferung von Partei-, Gewerkschafts- und Fach-Literatur. Lieferung ganzer Bibliotheken.

Möbelschreiner und Bildhauer finden Beschäftigung bei Geb. Himmelheber, Möbelabrik, Kriegstr. 25. 1626

Am Mittwoch, den 12. März, abends 8 Uhr, im Saale des „Friedrichshof“, Karl Friedrichstr.:

Öffentlich. Vortrag

über „Sozialdemokratie und Christen-tum“. Redner: Herr Karrer Steff von Neumitteln. Alle Frauen und Männer sind freundlichst eingeladen. Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe. NB. Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 20 Pfg. erhoben.

Achtung! Speditionsarbeiter Achtung! Subrente u. Geschäftskutscher!

Sonntag, den 9. März, nachmittags pünktlich 1/2 3 Uhr, im großen Saale zum „Auerhahn“, Edl.enstr. 55

Allgemeine Transportarbeiter-Versammlung

Tagesordnung: 1. Unsere Forderung nach tariflicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Karlsruher Transport- und Speditionsgewerbe. 2. Wahl einer Lohnkommission. Kollegen! Die Herren Arbeitgeber haben sich ihre herrsch-saftigen, despotischen Verhältnisse noch nicht abgewöhnt. Sie halten immer noch fest an ihrem alten Standpunkt. Lange, ungesicherte Arbeitszeit und schlechte Bezahlung. Reigt, daß ihr alle organisiert seid und euch eine solche Paschawirtschaft nicht mehr gefallen laßt. Erhebt daher vollst. Jeder Betrieb, auch der kleinste, muß vertreten sein.

Deutscher Transportarbeiter-Verein Ortsverwaltung Karlsruhe. Büro: Wilhelmstr. 47 B. Et. Telefon 3109. V. v. Karl Röber.

Sängerbund Vorwärts Karlsruhe

General-Versammlung findet am Sonntag, den 9. März, nachmittags halb 3 Uhr, im Vereinslokal „Deutsche Eiche“ statt. Wir eruchen unsere Mitglieder pünktlich und vollständig zu erscheinen. Die Verwaltung. N.B. Samstag abend 1/2 8 Uhr Singstunde.

Freie Turnerschaft Karlsruhe. Turnstunden. Turnerrinnen: Dienstags, Turnhalle Mühl-burg, Hardtstr. Donnerstags, Goetheschule, Gartenstr. Männerabteilung: Dienstags, Gutenberggasse, Kell-str. Dienstags, Mühlburg, Hardtstr. Donnerstags, Mühlburg, Hardtstr. Freitag, Adelsheim, Mühlbergstr. jeweils von 7—9 Uhr abends. Anmeldungen werden in den Turnstunden entgegen genommen.

Anteilscheine. Die Inhaber von Anteilscheinen, welche auf Rück-lage reflektieren, werden ersucht, bis spätestens 1. April 1919 dem Turngenossen Gottfried Kraus, Eberbergstr. 1, mit-zuteilen. Nach dem 1. April verlieren die Anteilscheine ihre Gültigkeit. Der Turnrat.

„Bruderbund“ R.-Mühlburg. Sonntag, den 9. März, nachm. 1/2 5 Uhr. Allgem. Mitgliederversammlung im Vereinslokal „Württemberger Hof“, Mühl-burgstr. Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher männlichen und weiblichen Mitglieder nötig. Der Vorstand.